

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

April 2002 Nummer 244
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Bäuerinnen können heute viel Aufmerksamkeit bekommen, wenn sie neue Einkommensmöglichkeiten suchen.

Foto: Erdmanski

Politik

Agrarwende vor Ort

Mit dem Spruch der Jury ist in 18 „Regionen aktiv“ nun der Startschuss für die Umsetzung der Agrarwende vor Ort gefallen. Über die Vielfalt der Entwicklungsmöglichkeiten im unvielfältigen Raum und die Rolle der Frauen spricht Erika Lenz, Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbands, mit der Bauernstimme auf Seite 15

Bäuerliche Zukunft

will die AbL-Bayern erschließen und hat Künasts Programm mit einem Kongress zur bäuerlichen Landwirtschaft Leben verliehen. Er eröffnet ein breites Spektrum an Möglichkeiten für Betriebe und bäuerliche Interessenvertretung. Seite 7

Schwerpunkt

Erlebte Höfe

Landwirtschaftliche Produkte verkaufen sich zunehmend schlechter, doch rund um den Bauernhof lässt sich noch manches vermarkten – Schlagwort Diversifizierung. Beispiele und Erfahrungen zur neuen Ära der Dienstleistungen auf den Seiten 11 bis 14

Kleine Schritte fördern

Vorbei die Zeiten, wo geklotzt werden musste. Mit den Änderungen in der Gemeinschaftsaufgabe gibt es nun auch Förderungen für kleine Investitionen. Seite 14

Markt

Hochpreis zeigt Erfolg

Ausgerechnet in den Supermärkten, in denen die Bio-Milch ihre Attraktivität über Qualität statt über Preise gewinnt, ist sie am erfolgreichsten. Neues zur Milchpolitik auf Seite 8 und 10

Ketten rasseln

Leinen los für das private Zeichen Qualität und Sicherheit. Die Bindung der Landwirte an Schlachthöfe wird enger werden. Seite 3

Weitere Themen:

Flächenvergabe in Ostdeutschland Seite 2, CPE-Versammlung Seite 4, Pauschalauskunft unverhältnismäßig Seite 5, Modulation beschlossen Seite 6, Prinzen und Äpfel Seite 17 und vieles mehr

Die Debatte ist eröffnet. Es gilt, die Agenda 2000 einer kritischen Bewertung zu unterziehen. Vorgelegt hat diesmal – unter Federführung von Ministerin Künast – die deutsche Bundesregierung. Sie will die anstehende Halbzeitbewertung zum Anlass nehmen, eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik einzuleiten. Die Zeit dazu ist überreif. Erstmals sind nun auch im EU-Rat der Minister und Regierungschefs Mehrheiten für wichtige Korrekturen denkbar. Deshalb sind diejenigen, die heute dank der alten Beschlüsse absahnen, so nervös. Sie haben Angst, dass die EU-Zahlungen an Arbeit und Umweltleistungen gebunden werden und nicht länger 20 % der Betriebe 80 % der Prämien kassieren können.



Erinnern wir uns: Mit der MacSherry-Reform von 1992 begann der Ausstieg aus der staatlichen Intervention und Exportsubventionierung. Preise

wurden gesenkt und direkte Ausgleichszahlungen eingeführt. Der grobe Webfehler dabei war, dass diese Zahlungen wieder undifferenziert blieben und schlicht an Fläche und Ertragsfähigkeit gebunden wurden. So blieb es bei der Wettbewerbsverzerrung und der sozialen Schiefelage zu Ungunsten bäuerlicher Betriebe. Fünf Jahre später legten EU-Kommission und EU-Parlament Vorschläge für die Agenda 2000 vor, die in wichtigen Teilen den Vorstellungen der AbL folgten: wirksame Modulation bis zu 45 % und Anbindung der Zahlungen an die Arbeitskräfte, Abbau der Silomaisprämie zugunsten einer Grünlandprämie, Anbindung

der Prämien an Umweltstandards und Einrichtung einer 2. Säule zur integrierten Regionalentwicklung. Bauernverband und Minister Borchert erklärten Brüssel für

KOMMENTAR

Halbzeit

verrückt und Kommissar Fischler zum Bauernfeind. Die neue Regierung wurde entgegen ihren Wahlaussagen vereinnahmt und Minister Funke agierte bei den Berliner Beschlüssen als massiver Bremsen. Das, was von den Vorschlägen blieb, wurde ins nationale Belieben gestellt – und in Deutschland nicht angewandt.

Zu den Gewinnern zählten wieder nur wenige, etwa der DLG-Präsident von dem Bussche aus Niedersachsen. Er lässt in Sachsen-Anhalt 2.000 ha von 5 Arbeitskräften beackern und kassiert dafür 100.000-150.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr. Er zahlt Arbeit und Pacht von der Prämie und behält noch Geld über. Preissenkungen hält er durch, wenn andere den Kopf längst unter Wasser haben. Dieser unfaire Wettbewerb torpediert den Aufbau höherpreisiger regionaler Märkte für Qualitätserzeugnisse z.B. aus dem Neuland-Programm oder dem Ökolandbau. Nun kommt der „midterm-review“ zur Agenda 2000. Brisanz bekommt er, weil die ersten, wenn auch vorsichtigen Schritte der Bundesregierung zur Neuorientierung zeigen, dass Deutschland das Bremser-Häuschen in der EU verlassen will. Der geänderte Förderrahmen für Investitionen und Regionalvermarktung, der Wettbewerb „Regionen aktiv“, das Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft, das Bundesprogramm Ökolandbau und nun der Einstieg in die Modulation machen deutlich, dass Ministerin Künast und die Bundesregierung bereit sind, kommenden Reform-Vorschlägen von EU-Kommission und EU-Parlament zum Durchbruch zu verhelfen. Genau das ist die Befürchtung des Bauernverbandes und gleichzeitig die Hoffnung für bäuerliche Betriebe. Die AbL freut sich auf die zweite Halbzeit.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf,
AbL-Bundesvorsitzender

Gegendarstellung der BauernZeitung

Die Bauernstimme hat in ihrer Ausgabe 2/2002 auf Seite 3 einen Bericht unter „Junkerland in Bauernhand?“ veröffentlicht. Darin beklagt der Autor Dr. Jörg Gerke das nach seiner Ansicht unzureichende öffentliche Interesse am Thema Landverpachtung durch die BVVG und schreibt: „Als Beispiel für das Unter-Verschluss-Halten kann die Berichterstattung der vom Bauernverband betriebenen ostdeutschen Bauernzeitung dienen. Auf einer Pressekonferenz der AbL in Schwerin im Februar 2001 fragte der Chefredakteur der Bauernzeitung detailliert zur Kritik der AbL an der Verteilung von BVVG-Flächen. In der Bauernzeitung findet jedoch eine Auseinandersetzung zu diesem Thema und erst Recht eine Berichterstattung der AbL-Positionen nicht statt.“

Hierzu stellen wir fest:

1. Die BauernZeitung, landwirtschaftli-

ches Wochenblatt für die neuen Bundesländer, wird weder vom Bauernverband noch von einem anderen Verband herausgegeben oder „betrieben“. Verleger und Herausgeber der BauernZeitung ist die Deutsche Bauernverlag GmbH.

2. Der Chefredakteur der Bauernzeitung hat im Februar 2001 an keiner Pressekonferenz der AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) teilgenommen.

3. Die Bauernzeitung berichtete in ihrer Ausgabe Mecklenburg-Vorpommern, Heft 9/2001 auf Seite 7, unter der Überschrift „Kleine Betriebe benachteiligt – AbL-Landesverband fordert Stornierung des EALG“ über die Pressekonferenz und stellte AbL-Positionen dar.

Ralf Stephan, Chefredakteur, und
Ulrich Rausch, Geschäftsführer der
Bauernzeitung

„Junkerland in Bauernhand“

Erwiderung zur Gegendarstellung

1.) In Anbetracht der Präsenz von hohen Funktionären des Deutschen Bauernverbandes (DBV) im Deutschen Bauernverlag liegt selbstverständlich der hohe Einfluss des DBV auf die Veröffentlichungspolitik der Bauernzeitung, die im Deutschen Bauernverlag erscheint. So ist z.B. Freiherr von Heereman Aufsichtsrats-Vorsitzender der „Deutscher Bauernverlag GmbH“.

2.) Ich bedauere, dass ich in dem Artikel „Junkerland in Bauernhand“ in der Februar-Ausgabe der Bauernstimme einen Mitarbeiter der Bauernzeitung zum Chefredakteur erhoben habe. An der Substanz der Vorwürfe ändert sich nichts.

3.) Die Berichterstattung zum Verkauf von BVVG-Flächen nach dem EAGL entspricht aus meiner Sicht nicht einmal Mindeststandards der objektiven Information von Landwirten in Ostdeutschland. Das Ausblenden der Fragen, die in diesem Zusammenhang die meisten Betriebe stark interessieren, hängt vielleicht damit zusammen, dass der DBV wesentlich beteiligt bei der Flächenvergabe war. Der Hinweis auf eine verzerrende, kurze Berichterstattung über Positionen der AbL zum EAGL ändert nichts an der Substanz der Vorwürfe.

Jörg Gerke, AbL-Landesvorsitzender
Mecklenburg-Vorpommern



Landwirte-Interessengemeinschaft

Für eine gerechte Verteilung öffentlicher Flächen
in Ostdeutschland

Liebe Berufskollegen,

nach der Wende sind die in öffentlicher Hand befindlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen vor allem der BVVG, aber auch der Länder, an relativ wenige Großbetriebe verteilt worden. Dies führt dazu, dass z.B. in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nur ca. 30 % der Betriebe den verbilligten Kauf von BVVG-Flächen nach dem EALG überhaupt ausschöpfen können. Vom EALG-Kauf, der eine finanzielle Unterstützung von 150.000 bis 250.000 Euro pro Betrieb bedeutet, sind damit die Masse der bäuerlichen Betriebe ausgeschlossen. Dies passiert, obwohl das Gesetz alle in Ostdeutschland wirtschaftende Betriebe einschließt.

Das können wir nicht hinnehmen !

Auf der diesjährigen AbL-Landesversammlung in Mecklenburg-Vorpommern haben über 50 Landwirte eine „Interessengemeinschaft für eine gerechte Verteilung öffentlicher Flächen in Ostdeutschland“ gegründet. Die IG ist offen für alle Landwirte (gleich ob Mitglied der AbL, des Bauernverbandes oder des Nebenerwerbsverbandes) und für interessierte Bürger, die uns unterstützen wollen.

Die Interessengemeinschaft verfolgt zwei Ziele:

- Juristische Überprüfung der praktischen Umsetzung des EALG und Klärung von umstrittenen Fällen. In der Auseinandersetzung um die Auskunftspflicht beim Saatgut hat die von der AbL ins Leben gerufene „IG Nachbau“ Erfolge aufzuweisen, u.a. das Urteil des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe.
- Wir müssen auch politisch aktiv werden, damit die Benachteiligung der großen Masse von bäuerlichen Betrieben bei der Verteilung von BVVG-Flächen in Ostdeutschland durch unsere Solidargemeinschaft gestoppt werden kann. Es muss zu einer gerechten Verteilung von Flächen kommen. Dazu werden wir Öffentlichkeitsarbeit machen sowie Gespräche mit verantwortlichen Politikern führen.

Wir brauchen für diese Arbeit viele Unterstützer. Helfen auch Sie mit. Kopieren Sie den Aufruf und die Mitgliedsanträge und verteilen Sie sie weiter. Melden Sie uns wichtige Fälle. Wir setzen auf Ihre Mitarbeit. Vielen Dank!

1. Sprecher Landwirt Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ u. Fax: 03845-320400 (AbL-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern). Der Jahres-Mitgliedsbeitrag für die IG beträgt für Landwirte im Nebenerwerb 50 Euro, im Haupterwerb 100 Euro und für AbL-Mitglieder 25 Euro. In der „Bauernstimme“ werden wir regelmäßig über die Auseinandersetzung berichten.

Sicher, sicherer, am Besten!

Allem Anschein nach ohne Segen: Renate Künast startet das QS-Zeichen mit der Fleischwirtschaft

Im April wird gestartet, „sagen einige Schlachthöfe. „Die Kriterien sind noch nicht endgültig festgelegt,“ heißt es vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz. „Das mit der Kontrolle haben wir wieder geändert,“ berichtet die Informationsstelle des privatwirtschaftlichen Zeichen „Qualität und Sicherheit“. Der Start von „QS“ Anfang April könnte bei seiner Informationspolitik noch einiges an Qualitätsmanagement gebrauchen. Schwierig herauszufinden, ob das von der „Qualität und Sicherheit GmbH“ getragene Zeichen nun die Zustimmung der Bundeslandwirtschaftsministerin findet. Nach etlichen „wenn“ und „würde“ erklärt die Sprecherin des BMVEL, dass wenn die Kriterien des Zeichens nicht deutlich über dem gesetzlichen Standard liegen, Frau Künast wohl nicht sagen würde, dass es ein gutes Zeichen sei. Die Privatwirtschaft mache es auf eigene Verantwortung.

Die Kriterien liegen seit dem 12. März fest. In der Landwirtschaft muss vor allem der gesetzliche Stand dokumentiert werden: Die Düngung, der Futtermittelkauf, der Einsatz von Arzneimitteln. Verboten ist der Einsatz von antibiotischen Leistungsförderungen. Ansätze schärfere Kriterien durchzusetzen sind für den Anfang gescheitert: Kein Verbot von gentechnisch veränderten Futtermitteln und keine strengere Auslegung der tiergerechten Haltung. Erst ab 40 kg ist bei Schweinen der Antibiotikaeinsatz verboten. Manche – so auch das BMVEL – hoffen darauf, dass sich mit der Zeit noch etwas an den Kriterien bewegen lässt.

Wie aufgebaut*

Die Ankündigung Renate Künasts zu Beginn ihrer Amtszeit auch für die konventionelle Landwirtschaft ein Qualitätszeichen einzuführen, wurde von der Wirtschaft aufgegriffen. QS soll eine Dokumentation und Qualitätssicherung von Landwirt, Futtermittelhersteller, Schlachter bis zum Lebensmitteleinzelhandel über alle Stufen der Lebensmitteleinzelherzeugung und -verarbeitung sichern.

Die Vergabe des QS-Prüfzeichens soll durch die „Qualität und Sicherheit GmbH“ erfolgen. Gesellschafter sind der Bundesverband der deutschen Fleischwarenindustrie, die CMA, Deutscher Bauernverband, Deutscher Raiffeisenverband, Handelsvereinigung für Marktwirtschaft und Verband der Fleischwirtschaft. Die Werbung für das Zeichen wird die CMA überneh-

men. Für die Umsetzung in der Fläche hat die GmbH in jedem Bundesland einen Partner gesucht, der als „Flaschenhals“ für alle Aktivitäten bezüglich QS dienen soll. In Niedersachsen wurde zu diesem Zweck die „Qualitätspartnerschaft Nord-West GmbH“ mit geplantem Sitz in Osnabrück gegründet, mit folgenden Gründungsmitgliedern: Landwirtschaftskammern Weser-Ems, Hannover, Bremen und Rheinland, Niedersächsisches Landvolk (Bauernverband), Arbeitsgemeinschaft der Beratungsringe in Weser-Ems, Vereinigung der Schlachtvieherzeugergemeinschaften in Nordwestdeutschland, ISN, Landesverband Niedersächsischer Schweineerzeuger und der Erzeugerring VzF/Uelzen. Eingebunden werden sollen noch Organisationen aus Nordrhein-Westfalen und die Schlachthöfe der Region.

Wer hat Zugriff?

Über Einschränkungen auf die umfangreichen Informationen aller Beteiligten des QS-Systems zuzugreifen ist wenig zu hören. Da schafft man einen gläsernen Landwirt, dessen Betrieb dann für Futtermittelhandel und Schlachthof offen daliegt? Was die Gerichte bei der Auskunft über den Nachbau als Recht der Pflanzenzüchter zurückweisen, soll nun auf freiwilliger Basis durchgesetzt werden? Dringend erforderlich ist es, die Weitergabe, Speicherung und Offenlegung der Daten hinsichtlich Bedenken wegen des Kartellrechts und des Datenschutzes zu überprüfen.

Kontrolle: bezahlbar und glaubwürdig?

Für die Glaubwürdigkeit des Zeichens ist die Kontrolle ein Knackpunkt. Alle Betriebe eines Bündelers werden im ersten Jahr geprüft, entscheidend für die Einstufung sind nur die ersten 10 Prozent. Wenn bis auf K.O.-Kriterien wie Führung des Bestandsbuch, Futtermitteldokumentation z.B., auch das Meiste andere stimmt, werden die Betriebe alle drei Jahre nachkontrolliert. Bei den Kosten für die Kontrolle heißt es nun sie lägen bei 200 bis 250 € jährlich. Das wird aber nur bei Betrieben mit wenig Beanstandungen ausreichen. Vor einiger Zeit war noch geplant alle Betriebe eines Bündelers füreinander in die Haftung zu nehmen. Wenn ein Betrieb bei der Kontrolle zu schlecht abgeschnitten hätte, wären alle zurückgestuft worden. Davon ist die QS GmbH wieder abgekommen. Die Mitarbeiterin einer Erzeugerge-

meinschaft aus Niedersachsen setzt darauf, dass bei der Bewertung der Kontrollen vom Alltag ausgegangen wird: „Wir haben unseren Landwirten erzählt, sie sollen die Anträge ehrlich ausfüllen, und dazu schreiben, dass sie Mängel in einigen Monaten abstellen werden.“ Denn wie solle denn Sicherheit entstehen, wenn beim ersten Schritt der Partnerschaft Fleisch schon beschönigt werden müsse?



Wer bündelt?

In Regionen mit wenig Erzeugergemeinschaften interessieren sich häufig Viehhändler für die Aufgabe. Bei der Einführung des Zeichens sind die Bemühungen die Integration der Landwirtschaft voranzutreiben stark. Auf Informationsveranstaltungen für Landwirte in Niedersachsen wird Landwirten ohne Erzeugergemeinschaft geraten sich an „Qualitätspartnerschaft Nord-West“ zu wenden, ein riesiger Bündeler, der vielleicht ein Gegengewicht zum Lebensmittelhandel sein könnte, aber ob bei der Größe flexibel auf Marktanforderungen oder Belange der Bauern reagiert werden kann?

Durchschnitt oder Aufpreis?

Skeptiker gehen davon aus, dass es außerhalb des QS-Systems nur noch Schleuderpreise für Schlachttiere geben wird. Optimistischere Zeitgenossen hoffen, dass sich der Mehraufwand der Dokumentation in besseren Preisen wiederfindet.

Einen Zuschuss vom Land für Kontrollkosten, zumindest für kleinere Betriebe, fällt einer Bäuerin als Mindestforderung zu dem Zeichen ein. ms

Stimmen zum Zeichen:

Bürokratie?

Als „schwierige Baustelle“ hat Heinrich Maurer, Chefredakteur von „BW agrar“, das geplante QS-System mit seinen Dokumentations- und Kontrollregelungen bezeichnet. Die Bauern müssten aufpassen, dass sich die Bürokratie nicht noch mit ihrer eigenen Zustimmung vergrößere. Die kleineren Betriebe hätten es dabei schwerer als die großen, weil die Produktion vielgestaltiger und der Betriebsleiter oft die einzige Vollarbeitskraft sei. Deshalb müssten die QS-Systemgestalter die Durchführung von QS so einfach und so kostengünstig wie möglich zu machen. en

Bindung?

Weniger als 10 Prozent der deutschen Schweinehalter erfüllen derzeit die Anforderungen des geplanten QS-Prüfzeichens, so Dr. Schweer vom Vorstand der „Premium-Fleisch-AG“ (Nordfleisch). Dagegen würden diese Kriterien bereits jetzt von 95 Prozent der dänischen „Fleischerzeuger“ eingehalten: QS sei auch für ausländische Fleischverarbeiter zugelassen. Schweers Auffassung nach funktioniert QS nur, wenn es vertragliche Bindungen der Landwirte an ein Schlachtunternehmen gebe. gf

Verwässerung?

Im Vorgriff auf das QS-Programm hat der Moxsel-Schlachtkonzern von seinen Lieferanten schriftliche Erklärungen verlangt, z.B. zu einer dokumentierten Ferkelherkunft oder zum Unterlassen von Speiserest-Verfütterung. Laut dlz sollen die Bauern Kontrollen durch Moxsel oder Unabhängige dulden, allerdings sieht Moxsels Kontrolle kein Salmonellen-Monitoring vor. Rinderhalter sollen Moxsel garantieren, dass keine Vermischung von Futtermitteln stattgefunden hat – ohne aber entsprechende Garantien der Futtermittelhersteller zu haben. Bauernverband und die Schweineerzeugervertretung ISN warnten vor der Unterschrift. QS würde durch Alleingänge von Firmen verwässert. en

Offenheit?

Die fehlende Einbindung von Verbraucherverbänden und auch von unabhängigen praktischen Landwirten in die Erarbeitung des QS-Programms wurde bei der letzten Loccumer Landwirtschaftstagung im April von mehreren Teilnehmern kritisiert. Die Vertreter der Verbraucher – so ein Bericht in der Bauernverbandszeitung „Landvolk“ – hätten sich zum Start auch mehr Offenheit gewünscht. en

Ausschreibung für ökologische Demonstrationsbetriebe

Im Rahmen des Bundesprogramm Ökologischer Landbau läuft noch bis 12. April die Frist für das Anfordern der Bewerbungsunterlagen für Ökologische Demonstrationsbetriebe. Auf den regionaltypischen Ökoberieben sollen sich für umstellungsinteressierte Landwirte praktische Anschauungsmöglichkeiten bieten. 1.000 € „Installationskosten“ pro Betrieb im ersten Jahr sind eingeplant. Weiterhin sind 125 € pro Führung veranschlagt; für acht Führungen muss sich jeder teilnehmende Betrieb verpflichten. Für die Fortbildung ratsuchender KollegInnen sind weitere 1.500 Euro eingeplant. Zusätzlich geht es auch darum, Visionen der Ökolandbauentwicklung zu vermitteln. Bewerbungsfrist ist der 3. Mai.

Nähere Informationen unter www.bundesprogramm-oekolandbau.de, oder bei der Geschäftsstelle Bundesprogramm Ökolandbau, Ferdinand-Lassalle-Straße 1-5, 53175 Bonn, Tel: 069-1564-280, Fax: 069-1564-787

Gen-Spinat-Schwein

„Wissenschaftler kreuzen Schweine mit Spinat“ – so berichtet die „Welt“ über die angebliche gentechnische Einkreuzung von pflanzlichen Fettsäure-Genen in japanische Schweine. Zwar habe nur ein Prozent der Tiere überlebt und man müsse auch noch prüfen, ob das Fleisch nicht für Menschen gefährlich sei – trotzdem hofft der deutsche Gentechnik-Professor Niemann (Tierzucht-Institut Mariensee) schon jetzt auf eine abnehmende Scheu der Verbraucher vor Gentechnik. Ob die Gentechniker nun auch weitere Beilagen wie Reis, Kartoffeln, Gemüse sowie Vorsuppe und Nachtisch ins Schweinefleisch hineinzwingen wollen, wurde leider nicht berichtet... en

Braunalgen gegen Krautfäule?

Die Kraut- und Knollenfäule (Phytophthora) führt vor allem im Ökolandbau zu hohen Ertragseinbußen. Dem bisher bei einigen Bioverbänden begrenzt zugelassene Präparat Kupfer droht evtl. bald der Verlust der Zulassung. Bei der Suche nach Alternativen stellte das Bonner Institut für organischen Landbau laut aid bei der Anwendung von Braunalgenextrakten eine vergleichbare Wirkung unter Freilandbedingungen fest. Entscheidend für die Wirkung ist demnach die gleichmäßige Benetzung beider Blattseiten. pm

Widerstand gegen Sauenanlage

Im niedersächsischen Landkreis Vechta sind mehrere große Sauenanlagen geplant. So beabsichtigt die ehemalige Genossenschaft Schneiderkrug und jetzige GS Agri in Goldenstedt/Einer eine Anlage mit über 2.000 Sauenplätzen sowie einen Ferkelstall zu bauen. Die GS Agri ist auch als Futtermittelfirma tätig. Gegen den Bau protestieren Anwohner, Landwirte und Bürger der umliegenden Gemeinden. Einspruch haben der BUND Niedersachsen und Greenpeace eingelegt. Pikant ist, dass die Eigentümer eines Weges, der zu der geplanten Anlage gehört nicht informiert wurde. Die Wege-Genossenschaft hat sich jetzt gegen die LKW-Nutzung ihres Weges ausgesprochen. ms

Mykotoxin-Forschung

Gemeinsame Interessen von Ökobauern und konventionellen Landwirten an einer verstärkten Mykotoxin-Forschung waren u.a. Thema der Kieler Hochschultagung im Februar. Mykotoxin-Giftstoffe können von Fusariumpilzen auf dem Getreide oder im Getreidelager gebildet werden, z.B. Ochratoxin A oder Aflatoxin. Sie führen laut Dr. Blank (Institut für Tierernährung) in hoher Dosis bei Verfütterung an Schweine zu schweren Schäden. pm

Agrarwende begrüßt – Kritik im Detail

Die von der Bundesregierung als Agrarwende begonnene Neuausrichtung der Agrarpolitik wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG ejl) und dem Bundesarbeitskreis der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) begrüßt, die das erste Wendejahr nun kritisch Revue passieren ließen. Die BAG ejl fordert, das durch die bisherige Agrarpolitik forcierte Höfesterben aufzuhalten, um auch zukünftig Perspektiven für landwirtschaftliche Betriebe zu erhalten. Mit Sorge bemerkt die KLJB, dass sich der Arbeitsaufwand für kleine und mittlere Betriebe durch neue Gesetzesvorschläge zunächst erhöht hat. pm

KURZES AM RANDE

Europas Bauern tagten

Die Simultanübersetzer hatten gut Stress auf der Mitgliederversammlung der europäischen Bauernkoordination (CPE) am 4. März in Brüssel. Und das nicht nur wegen der Vielfalt der Sprachen bei 18 Organisationen zur bäuerlichen Landwirtschaft aus 11 Ländern. Denn schon in der ersten Runde, als die Organisationen sich selbst und ihre Arbeit vorstellten, zeigte sich, wie unterschiedlich Landwirtschaft und die Vertretung bäuerlicher Interessen in Europa sein kann. Zentraler Punkt war jedoch die Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, zu der die CPE bereits im Oktober 2001 ein Papier vorgelegt hatte (s. nächster Artikel).

Die einzelnen Mitgliedorganisationen wollen nun Bündnisse in ihren Ländern bzw. Regionen bilden, um den Kurswechsel in der europäischen Agrarpolitik voranzubringen. Die CPE wird diese Kampagnen auf europäischer Ebene koordinieren. Zugleich soll das Jahr 2002 ein bedeutsames Jahr für den Widerstand gegen gentechnisch veränderte Organismen werden. Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft aus Deutschland Georg Janssen begrüßte das CPE-Papier zur Änderung der GAP. Sehr wichtig sei auch, dass sich die Organisationen nun um gesellschaftliche Bündnisse bemühen oder diese bereits geschlossen haben. we



Der CPE-Vorstand v.l.: Christian Boisgontier von der Confédération Paysanne in Frankreich; Xose Ramon Cenda vom Sindicato Labrego Galego in Galizien/Spainien; Joao Vieira von der Confederaçao Nacional da Agricultura in Portugal; Gérard Vuffray von Uniterre in der Schweiz. Neu dazu kommt Jaap Spaan vom Kritisch Landbouwweraad in den Niederlanden (nicht im Bild). Foto: Erdmanski

Für eine andere Agrarpolitik

Eine andere Agrarpolitik ist aus Sicht der Europäischen Bauernkoordination (CPE) unerlässlich, weil die Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU seit 1992 die Konzentration der Produktion und die Entwicklung zweier Produktionsmodelle in der Landwirtschaft beschleunigt haben, ohne das Wachsen oder Weichen der Höfe und das Preisdumping zu verhindern. Nun werde mit der sog. „zweiten Säule“ versucht mit nur 10 % des Agrarhaushalts die Folgeschäden der anderen 90 % zu reparieren. Die bisherige Politik der niedrigen Agrarpreise und Beihilfen an die Bauern habe vor allem der Agro-Industrie und dem Handel genutzt. Die CPE stellt daher die Abkoppelung von Produktion und Einkommen in Frage und fordert gerechtere Agrarpreise und die Entscheidung für eine bäuerliche Landwirtschaft mit deren vielfältigen positiven Nutzen für die Gesellschaft.

Kernpunkte einer anderen GAP

Für einen Kurswechsel in der EU-Agrarpolitik schlägt die CPE vor: Landwirtschaft erzeugt in erster Linie für den europäischen Binnenmarkt. Exportsubventionen werden abgeschafft. Einkommen kommen hauptsächlich aus dem Verkauf, d.h. über den Preis. Preiszuschüsse werden nur Betrieben in weniger begünstigten Gebieten gewährt.

Die strukturellen Überschüsse von Tier- und Getreideprodukten werden reduziert durch Ausstieg aus der flächenunabhängigen Tierhaltung, Verminderung ertragssteigernder Betriebsmittel. Ausbildung und Forschung werden an einer bäuerlichen nachhaltigen Landwirtschaft ausgerichtet.

Landwirtschaft erzeugt für regionale Märkte statt Export. Kleine lokale Verarbeitungsbetriebe werden gefördert und Hygienevorschriften angepasst.

Ziel ist Erhalt eines lebendigen ländlichen Raumes. Die Handelbarkeit von Quoten wird abgeschafft. Neueinsteiger in die Landwirtschaft sind zu unterstützen und bestimmte Produktionen (z.B. Schafhaltung) an ihren klimatischen und kulturellen Ursprung zurückzubringen.

Der internationale Handel hat fairen Regelungen zu unterliegen. Jegliches Dumping wird verboten.

Den Zeitpunkt für einen Kurswechsel sieht die CPE nun gekommen. Denn die Gesellschaft ist nach der BSE-Krise und durch den Widerstand gegen die Gentechnologie jetzt offener für den Erhalt einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft. Zudem haben Aktionen z.B. von José Bové und der Confédération Paysanne in Frankreich den bäuerlichen Widerstand populär gemacht. we

Kartellrichter wollen tausend Blumen blühen sehen

Als „wettbewerbsrechtlich unzulässig“ weist das Kartellgericht in Hannover die Nachbaugebührenklage der STV ab

Das Vorgehen der Klägerin und die Tatsache, dass unstreitig die ganz überwiegende Anzahl der Züchter ihre Rechte durch die Klägerin geltend machen lässt, stellt somit eine verbotene horizontale Vereinbarung zwischen Wettbewerbern dar, (...)“ Was hier in sprödem Juristendeutsch daher kommt, ist nichts anderes als die kartellrechtliche Absage einer fachlich versierten Richterriege gegenüber der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV). Abgelehnt wird ihre Funktion als Nachbaugebühren-Kassenautomat der Pflanzzüchter und das Kooperationsabkommen. Bislang setzten sich die Gerichte landauf landab mit Fragen auseinander, die die rechtlichen Grundlagen der Nachbaugebühren betreffen. Inwieweit allerdings die von den Pflanzzüchtern entwickelten Strukturen zum Eintreiben der umstrittenen Gebühren rechtens sind, damit befasste sich die Kartellkammer des Landgerichtes Hannover als erste juristische Instanz. Dabei war eine zentrale Kritik der Bäuerinnen und Bauern an den Nachbaugebühren von Anfang das von den

Pflanzzüchtern gewählte System der totalen Datenzentralisierung über das eine Nachbau-Nadelöhr – die STV. Es braucht nur wenig Phantasie sich vorzustellen, welche wertvolle Marketing- aber auch Manipulations-Informationen eine Zentralstelle für die Nachbaugepflogenheiten der bundesdeutschen Bäuerinnen und Bauern für die interessierten Kreise bereitstellen könnte. Das Kartellgericht in Hannover verfügt über soviel Phantasie und stellte fest, dass die Vereinbarungen zwischen STV und Pflanzzüchtern „geeignet sind, die Erzeugung oder die Marktverhältnisse für den Verkehr mit Waren oder gewerblichen Leistungen durch Beschränkungen des Wettbewerbs zu beeinflussen.“ Es wies die Klage der STV als unzulässig ab. Dass der Prozess in die Hände der Wettbewerbsrücker gelangt war, beruht auf einer Entscheidung des im Nachbaustreit immer schon eigene Wege gehenden Landgerichtes in Braunschweig. Dort hatte man die kartellrechtliche Dimension des Rechtsstreits erkannt und das Ganze an die entsprechenden Fachjuristen weitergereicht.

Der eigentliche Fall ist schnell erzählt: ein niedersächsischer Bauer hatte zunächst das Kooperationsabkommen unterschrieben und Auskunft über seinen Nachbau erteilt. Die dann folgende Gebührenrechnung ignorierte er und wurde von der STV verklagt. Die Hannoveraner Richter begründen

ihr Urteil auch damit, dass den Bäuerinnen und Bauern, „die Möglichkeit von einem Wettbewerb zwischen den Züchtern zu profitieren genommen ist.“ Schließlich lehnen die Pflanzzüchter es bisher ab, individuelle Vereinbarungen mit den Bäuerinnen und Bauern zu treffen. cs



Für blühende Vielfalt wie im Bäuerinnengarten statt für zentrale Einheit sprach sich das Kartellgericht in Hannover aus: unzulässige Wettbewerbsbeeinflussung durch die STV. Foto: Jasper

Stümperhaft spioniert

STV verklagt mit neuer Taktik

Die Stasi hätte wohl die Unterlagen aus dem richtigen Jahr besorgt. Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) hätte da noch etwas von ihr lernen können. Sie legte hingegen in einem Auskunftsprozess vor dem Landgericht in München Rechnungsbelege über die Reinigung von Getreide und den Kauf von Beizmitteln aus dem Jahr 2000 vor. Der beklagte Bauer hatte aber die Auskunft über seine Nachbaugepflogenheiten in der Vegetationsperiode 1997/98 verweigert. An die Rechnungskopien ist die STV durch eine Kontrolle des entsprechenden Aufbereiters, in diesem Fall eine Raiffeisen Waren-GmbH gekommen. Der zuständige Mitarbeiter ist zwar „auch dagegen“, dass die Daten der Kunden in die Hände der STV gelangen, sieht aber keine Handhabe den Kontrolleuren die Angaben zu verweigern. Damit eröffnet die STV nun eine ganz neue Runde in der Prozessführung gegen auskunftsunwillige Bäuerinnen und Bauern. Sie stößt – ob ihrer zweifelhaften Spionagemethoden – nicht nur innerhalb der Landwirtschaft und auch unter vielen, speziell den kleineren Aufbereitern auf größte Ablehnung. Auch der

EUGH-Generalanwalt verweist in seinem Schlussantrag (s. Nebenartikel) auf die europäische Gesetzgebung, nach der Aufbereiter nur Auskünfte erteilen dürfen, wenn sie von den Bäuerinnen und Bauern zuvor ermächtigt wurden. Die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, die den hier verklagten Bauern vertritt, hat die Datenschutzbeauftragten eingeschaltet und empfiehlt allen Bäuerinnen und Bauern sich von ihren Aufbereitern schriftlich bestätigen zu lassen, dass keine Daten an die STV weitergegeben werden. Neben all dem bleibt die Tatsache, dass die vorgelegten Rechnungsbelege aus dem falschen Jahr sind und damit eigentlich nicht viel über die Nachbaupraxis des betreffenden Bauern drei Jahre zuvor aussagen. Das Landgericht in München hat diesen Umstand in der Verhandlung sehr wohl zur Kenntnis genommen, aber noch nicht entschieden. cs



„Pauschal unverhältnismäßig“

EUGH-Generalanwalt veröffentlicht seinen Schlussantrag

Mit dem klangvollen Namen Mdámazo Ruiz-Jarabo Colomer kommt nun ein Hauch von weiter Welt in die deutsche Nachbaugebührenproblematik. So heißt der Generalanwalt am europäischen Gerichtshof (EUGH) der mit dem Nachbau-Verfahren befasst ist. Der Generalanwalt führt während der Verhandlung die Anhörung der beteiligten Parteien durch und fasst seine Erkenntnisse danach zum sogenannten Schlussantrag zusammen. Darin gibt er dann auch eine Empfehlung ab, wie das Gericht entscheiden sollte. Generalanwalt Ruiz-Jarabo Colomer legte nun seinen Schlussantrag in Sachen Nachbaugebühren vor. Er kommt darin zu folgender Beurteilung: „Daher betrifft die Auskunftspflicht nur diejenigen Landwirte, die in der Vergangenheit Vermehrungsmaterial der betreffenden geschützten Sorte erworben haben. Mir scheint es grundlegend zu sein, dass diese Belastung nicht denjenigen auferlegt werden kann, die derartiges Material niemals gekauft haben, da sie es weder anbauen noch eine Ernte erzielen konnten, die auf ihren Flächen wieder zu Vermehrungszwecken benutzt werden könn-

te.“ Würde das Gericht seiner Entscheidungsempfehlung folgen, wäre damit der pauschale Auskunftsanspruch, den die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) für sich bzw. die Pflanzzüchter geltend macht, vom Tisch. Danach wäre nur noch der Bauer dem Pflanzzüchter zur Auskunft über eventuellen Nachbau seiner Sorte verpflichtet, der vorher nachweislich genau diese Sorte erworben hat. Das Argument der STV, die Pflanzzüchter wären in so einer Situation praktisch nicht mehr in der Lage an ihr Geld zu kommen, lässt der Generalanwalt nicht gelten. Man könne sich schließlich darüber informieren, wer welches Saatgut erwerbe. „Der von der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH geltend gemachte Anspruch, unterschiedslos von sämtlichen Landwirten eines Landes verlangen zu können, dass diese ein Formblatt über die Verwendung des Ernteerzeugnisses aus dem Anbau einer geschützten Sorte ausfüllen, erscheint mir unverhältnismäßig.“ Man darf gespannt sein, ob sich das höchste europäische Gericht seinen Ausführungen anschließt. cs

Fruchtfolgeprämien

Anreize für eine erweiterte Fruchtfolge gibt es jetzt in sieben Regionen Frankreichs. Laut DLG-Mitteilungen betragen die Extra-Prämien je nach Standort zwischen 21 und 75 Euro pro Hektar, wenn von einer reinen Getreidefruchtfolge zu einer viergliedrigen Fruchtfolge (möglichst mit Öl- und Eiweißpflanzen) gewechselt wird. en

Meinungstrends nicht so negativ?

Eine DLG-Umfrage bei „führenden Unternehmer-Landwirten“ im letzten Herbst ergab hinsichtlich der Einschätzung zur Lage der eigenen Betriebe eine wesentlich bessere Note (2,6) als in den Vorjahren (mit einem Tiefpunkt im Jahr 1999). Die Investitionsbereitschaft der befragten „Unternehmer-Landwirte“ liegt danach auch für 2002/2003 im Mittel der vorigen Jahre, vor allem bei ostdeutschen Betrieben und Ackerbauern. Qualität und Sicherheit der Produkte haben bei der Bestimmung anstehender Aufgaben deutlich an Bedeutung gewonnen. Als wichtigste Themen werden in den alten Ländern die EU-Agrarpolitik und die Osterweiterung genannt (die Agrarwende erst auf Platz 5 im Nordwesten und Platz 3 im Süden), in den neuen Bundesländern werden vor allem die Kostensenkung und die Agrarwende diskutiert. gf

Quote – unbedingt, Gentech – besser nicht!

Derzeit stehen gravierende Änderungen bei der Milchquotenregelung auf EU-Ebene an. Das war Anlaß, den „Milchbauernkämpfer“ Michel Dupont aus Frankreich zur Jahreshauptversammlung der Interessengemeinschaft Milchviehhalter Oberbayern (IGM) nach Moosham zu laden. Sind doch Deutschland und Frankreich die größten Milchzeuger der EU. Dupont sprach sich für einen Erhalt der Quotenregelung – in welcher Form auch immer – aus. Nichts hält die IGM vom Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel und will mit einem eigenen

Projekt „Premiumqualität“ unter Verzicht auf Gentechnik erzeugte Milch entsprechend kennzeichnen.



Michel Dupont, Milchbauer aus Frankreich, hier mit Übersetzer Foto: Meixner

„Whow“

Eine Violine über dem Getreidefeld – so wirbt der Pflanzenschutzhersteller Syngenta für sein Fungizid „Acanto-Duo-Pack“. Mit dem Bild von nackten Füßen preist Dow/BASF sein „Juwel-Forte-Pack“ an. Zum Kauf von „Flamenco-FS“ von Aventis soll eine spanische Tänzerin den Landwirt verführen. Ähnlich Sinnreiches und Produktbezogenes fällt einem beim Blättern in den Agrarzeitungen unentwegt in die Augen: Ein Monsanto-Spiess-Urania-Adler packt Windhalm und Klette. Die Firma Bayer zeigt uns gar zwei hysterische Frauen, die einem Kniebundhosen-Träger begeistert auf den Hosenbund schauen („Viel mehr als nur Klette! Wow, Hoestar-SUPER“). Da wirkt die Monsanto-Reklame fast schon seriös, die einen Mährescher am Berg zeigt und beim Einsatz von „Monitor“ verspricht, der Ertrag gehe dann „steil nach oben“. Eigentlich, so scheint es, braucht man die Kenntnisse des Bauern über Ackerbau, Boden und Natur gar nicht mehr: „Erfolg – kann man kaufen!“ (zumindest laut „Bayer-Stratego“) gf

Ökologische Landwirtschaft gegen Hunger

Die ökologische Landwirtschaft kann bei der Bekämpfung des Hungers in der Welt eine tragende Rolle spielen. Zu diesem Ergebnis kommt die von Greenpeace beauftragte Studie der britischen Cardiff-Universität. In vielen Entwicklungsländern würden mit Ökolandbau Erträge erzielt, die weit über denen herkömmlicher Wirtschaftsweisen liegen. Greenpeace warnte vor der Gefahr, dass Agrarkonzerne mit Patenten auf Pflanzen und Saatgut die Produktion diktieren, und forderte eine verstärkte Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Entwicklungsländern.

Näheres unter dem Titel „The Real Green Revolution“ unter www.greenpeace.de. en

KURZES AM RANDE

Modulation endlich durch

Bund übernimmt 80 % statt 60 % Kofinanzierung. Bundesrat stimmt zu

Deutschland führt ab dem Jahr 2003 die Modulation ein. Das haben Bundestag und Bundesrat am 22. März beschlossen. Damit macht Deutschland von der in der Agenda 2000 beschlossenen Möglichkeit Gebrauch, die allgemeinen Direktzahlungen zu differenzieren. In der EU wenden bislang nur Frankreich und Großbritannien die Modulation an, Portugal plant sie für 2003.

Laut deutschem „Modulationsgesetz“ werden ab nächstem Jahr die Tier- und Flächenprämien, die aus Brüssel im Rahmen der Marktordnung an die landwirtschaftlichen Betriebe gezahlt werden, um 2 % gekürzt. Dabei ist auf Drängen der AbL eine soziale Staffelung in Form eines Freibetrages von 10.000 Euro eingeführt worden, d.h. die Jahresprämiensumme eines Betriebes wird erst oberhalb von 10.000 Euro um 2 % gekürzt. Auf Drängen der Bundesländer sind die „kleinen“ Flächenbeihilfen (Stärkekartoffeln, Tabak, Saatgut, Hopfen) von der Modulation ausgenommen werden, die Rinderprämien aber sind mit drin.

52 + 30 Millionen Euro

Die durch die Kürzung einbehaltenen Mittel werden laut Bundesministerium rund 52 Millionen Euro im Jahr 2003 betragen. Die Agenda 2000 sieht vor, dass diese einbehaltenen Mittel im jeweiligen EU-Mitgliedstaat wieder zur Förderung der Landwirtschaft eingesetzt werden können, wenn der Mitgliedstaat eigene Mittel aus dem nationalen Haushalt drauflegt.

Um die Aufteilung dieser nationalen Kofinanzierung hatte es im Vorfeld der Entscheidung schwierige Verhandlungen zwischen dem Bundeslandwirtschaftsministeriums und den Bundesländern sowie auch mit Finanzminister Hans Eichel gegeben. Die Länder wollten weniger Anteile zahlen als es der üblichen Aufteilung im Rahmen der gemeinsamen Förderprogramme (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) entspricht. Statt 40 % der nationalen Kofinanzierung wollten sie nur 20 % zahlen und forderten vom Bund, statt 60 % nunmehr 80 % zu übernehmen.

Insgesamt müssen Bund und Länder zu-

sammen rund 30 Millionen Euro aufbringen, damit der Kürzungsbetrag im Land bleibt. Bei 40 % Anteil hätten die 16 Bundesländer zusammen 12 Mio. Euro aufbringen müssen. Das war ihnen jedoch zuviel, zumal sie den Verwaltungsaufwand scheuen, der für sie mit der Modulation verbunden ist.

Ministerin Künast und die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen haben bei Minister Eichel ein Nachgeben erreicht, so dass die Bundesländer zusammen nunmehr nur noch 6 Mio. Euro tragen müssen. Es liegt nahe zu vermuten, dass es weniger ums Geld als vielmehr ums Prinzip ging, wenn nicht sogar um das Ziel, die Modulation ganz zu blockieren. Doch diese Strategie ging nicht auf.

Wofür das Geld?

Über die Wiederverwendung der gekürzten und über die Kofinanzierung aufgestockten Mittel haben sich Bund und Länder schon im letzten Jahr auf Einsatzfelder geeinigt. Dabei war die in der Agenda 2000 festgeschriebene enge Begrenzung auf nur wenige Maßnahmen zu berücksichtigen. Vorgesehen sind folgende Einsatzbereiche, über die aber in der konkreten Ausgestaltung noch entschieden werden muss:

Erweiterung der Fruchtfolge (mehrere Hauptfruchtarten, Leguminosen, Getreide auf maximal 2/3 der Ackerfläche); umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren; Winterbegrünung; Anlage von Blühflächen oder -streifen; Mulchsaat- und -pflanzverfahren; Exaktaustragen von Gülle; biologischer/biotechnischer Pflanzenschutz; extensive Grünlandnutzung (auch einzelflächenbezogen); Reduzierung des Tierbesatzes in Regionen mit hoher Viehdichte.

Die AbL-Bundvorsitzende Maria Heubuch hat die Einführung der Modulation begrüßt: „Durch die bisherige Vergaberegulation sind flächenstarke Großbetriebe enorm bevorteilt worden. Mit der Modulation wird nun wenigstens der erste Schritt unternommen, diese prämierten Wettbewerbsverzerrung abzubauen. Wir fordern die Bundesregierung auf, gradlinig den Weg weiterzugehen und in Zukunft stärker die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft zu unterstützen“, so Maria Heubuch.

EU-Agrarkommissar Franz Fischler hat bereits signalisiert, dass er im Rahmen der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 („midterm-review“) dem EU-Ministerrat vorschlagen will, die Modulation verbindlich in der gesamten EU einzuführen. Die Kommission will ihr erstes Papier zum „midterm-review“ am 19. Juni vorlegen.

uj

AbL-Kongress zur bäuerlichen Landwirtschaft

Als Meilenstein für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bezeichneten zufriedene Teilnehmer die Tagung der AbL-Bayern in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung, bayerisches Bildungswerk für Ökologie und Demokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. im Chiemgau.

Die Vorzeichen hätten günstiger nicht sein können: Konnte doch Sepp Bichler, Vorsitzender des bayerischen AbL-Landesverbandes, mit den Teilnehmern anstoßen auf den Gewinn beim Wettbewerb „Regionen aktiv“ der AbL-Regionalgruppe Chiemgau Inn Salzach. Nun wollte man mit dem Kongress das von Ministerin Künast angekündigte Programm zur bäuerlichen Landwirtschaft mit Leben erfüllen.

Bäuerlichkeit definieren

Eingehend warnte Onno Poppinga, Professor an der Hochschule Kassel-Witzenhausen und AbLer der ersten Stunde, davor, Bäuerlichkeit an einzelnen Größen quantitativ messbar machen zu wollen und Bestandsobergrenzen zu setzen. Wenn man artgerechte Tierhaltung wolle, dann solle man das auch so formulieren, ohne zu viel in den Begriff „Bäuerlichkeit“ hineinzuinterpretieren. Bäuerliche Landwirtschaft könne in der Praxis ganz unterschiedliche Formen annehmen, auch solche, räumte Poppinga ein, die ihm nicht gefallen. Probleme sieht Poppinga heute insbesondere in der Kriminalisierung der Landwirtschaft, wo jeder Bauer zum potenziellen Subventionsbetrüger werde. Seine Anerkennung sprach er den Betrieben aus, die bei den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht mitgemacht hätten z.B. Beimischung von Antibiotika ins Futter, was auch seitens der Schulen und Hochschulen propagiert worden war. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf die Besonderheit des Ökologischen Landbaus, den die kleinen Leute von unten aufgebaut hätten, während an den Hochschulen darüber gelacht worden sei. Dennoch sei es ihnen gelungen, eine eigene Ökonomie aufzubauen, allerdings gehe gerade jetzt wieder vieles davon verloren.



Gut 85 Bauern und Bäuerinnen, aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Brandenburg und Österreich arbeiteten im Kloster Seon zur Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft. Foto: Meixner

Stärken und Schwächen

Die Stärken und Schwächen bäuerlicher Betriebe stellte Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der AbL und konventionelle Milchbäuerin aus dem Allgäu, vor. Dabei zeigte sich besonders im Hinblick auf die bäuerlichen Familien, dass Stärken und Schwächen oft Seiten derselben Medaille sind. So kann das nahe Zusammenleben auf dem Hof neben vielen positiven Effekten wie Versorgung alter Menschen und Kinder auch zu Konflikten führen. Heubuch wies darauf hin, dass die schlechte Stimmung in der Landwirtschaft bewusst geschürt werde, um den Strukturwandel voranzutreiben.

Unter dem Aspekt, wie Bauernhöfe zukunftsfähig gemacht werden können, sprach Alois Heißenhuber, Professor für Betriebswirtschaft an der TU München-Weihenstephan davon, die Landschaft als bisher kostenloses Koppelprodukt der Landwirtschaft in Wert zu setzen. Wie Geld durch Modulation und Neuausrichtung bestehender Förderprogramme für eine kleinstruktu-

rierte, vielfältige Landwirtschaft umgelenkt werden kann, darüber berichtete Wolfgang Reimer vom Bundesministerium für Landwirtschaft. Zukünftig müsse mit einer Dreiteilung der Landwirtschaft gerechnet werden mit Agrarindustrie, d.h. Veredlung jenseits von Familienbetrieben, Premiumproduktion im ökologischen sowie konventionellen Bereich und das weite Feld der Einkommenskombinationen. Was das Bild des Bauernhofs in der Gesellschaft betrifft, begrüßte es Wolfgang Roth von der Süddeutschen Zeitung, dass nun Schluss sei mit Landwirtschaftsministern vom Typ Oberjägermeister. Bedauern zeigte er darüber, dass die Bauern ihre Entmündigung akzeptiert hätten und nun als Bittsteller der öffentlichen Hand „Sozialamtsatmosphäre“ verbreiten.

Über Schein und Wirklichkeit im Musterland Österreich, das, was den Strukturwandel in der Landwirtschaft betrifft noch gut 20 Jahre hinter Deutschland zurückliegt, sinnierte abschließend Annemarie Pühringer-Rainer, stellvertretende Obfrau der Österrei-

chischen Bergbauernvereinigung (ÖBV) und Biobäuerin auf einem 24 ha-Betrieb mit 17 Milchkühen im Mühlviertel. Sehr kritisch sieht sie die Multifunktionalität, die den Bauern angedeutet werde, weil diese vom Verkauf der Produkte nicht mehr leben können.

Handlungsfelder

Was nun die Konsequenzen aus der Bestandsaufnahme zur bäuerlichen Landwirtschaft und damit die weiteren Handlungsfelder der AbL betrifft, so gab es Einigkeit darüber, dass die Gentechnik eine große Gefahr für die bäuerliche Landwirtschaft bedeutet, da hier ebenso wie bei den Nachbaugelassen Monopole aufgebaut und die Industrialisierung der Landwirtschaft vorangetrieben werden sollen. Angehen will man künftig auch die Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft, die in Bayern bereits einen Anteil von 50 bis 60 % hat. Wichtige Arbeitsfelder werden Ausbildung und Existenzgründung sein. Den Nahrungsmitteln soll in der Gesellschaft wieder mehr Wertschätzung entgegengebracht werden. Die Arbeitszeit in den Griff zu bekommen ist ein wichtiger Ansatz, um wieder mehr Menschen für die Landwirtschaft zu gewinnen. Ebenso muss das Einkommen im Auge behalten werden. Für die weitere Arbeit der AbL gilt es nun zwei Schienen zu verfolgen: sowohl auf Eigeninitiative auf den Höfen zu setzen und diese zu fördern wie auch die politischen Rahmenbedingungen anzugehen und Verbesserungen einzufordern. Dabei stehen dieses Jahr noch wichtige politische Weichenstellungen bevor wie die Halbzeitbewertung der Agenda 2000, die Debatte über die EU-Osterweiterung sowie über die Weiterführung der Milchkontingentierung. *we*

Gemeinsame Forderungen für tiergerechte Haltung verabschiedet

Unter dem Motto „Tierschutz im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie“ diskutierten Mitte März in Berlin Wissenschaftler und Praktiker die Frage der Agrarwende in der Nutztierhaltung. Geladen hatte die Allianz für Tiere, die vom BUND, dem Deutschen Tierschutzbund und den Verbraucherzentralen gebildet wird. Als Ergebnis der Diskussionen entstand eine gemeinsame Erklärung „Verbrau-

cher, Tiere und Umwelt brauchen Schutz“ von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bioland, dem BUND, dem Deutschen Tierschutzbund, dem Neuland Verein und der Schweißfurth-Stiftung. Als Hauptauslöser für die dringend erforderliche Agrarwende machen sie tierquälerische Transporte, Arzneimittelskandal und katastrophale Tierseuchenverläufe mit verheerenden Massenabschlach-

tungen aus. Gefordert wird: „Tierschutz und Umweltschutz sind gemeinsame Ziele für die Nutztierhaltung, sie dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden!“ Bei den gegenwärtig überarbeiteten Emissionsbestimmungen müsse die Tiergerechtigkeit endlich berücksichtigt werden, damit nicht länger geschlossene Ställe statt artgerechter Auslaufställe bei der Genehmigung aufgrund angeblich ge-

ringer Ausstöße bevorzugt würden. Ihre Mitarbeit bieten die Unterzeichner dem Bundeslandwirtschafts- und Verbraucherministerium an. Schließlich haben die Verbände und die Stiftung seit Jahren an der Agrarwende in der Nutztierhaltung gearbeitet. Ihre Erfahrungen zeige sich in bewährten Tierhaltungsverfahren, Vermarktungsstrukturen und einer transparenten Qualitätssicherung. *pm*

Vorschläge zur Milchpolitik

Das Fazit nach 18 Jahren Quotenpolitik: 60% der Milchviehhalter haben aufgegeben. Allein in den letzten 12 Jahren ist der Milchpreis um 25% gefallen. Dabei hängen 50% der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze an der Milchherzeugung und für viele Landwirte ist Milchherzeugung der wesentliche Einkommensbeitrag. An den Zielen einer bäuerlichen Milchpolitik hat sich wenig geändert:

- flächendeckende Milch- und Landwirtschaft
- Betriebe und Arbeitsplätze sichern und ein Einkommen über den Markt
- Gerechter Ausgleich zwischen Pächtern und Verpächtern und ein Ende der Altpachten
- Eine Milchherzeugung, die in geringer Konkurrenz zur menschlichen Ernährung steht – also das Grünland stärkt
- Produktion mit einem Sicherungssystem für den Binnenmarkt

Damals – oder wie steuerte die Quote die Milch ?

Mit der Einführung der Quote 1984 wurde für viele Milchbetriebe ein Ausstieg aus der Milchwirtschaft interessanter. Stagnierende bzw. sinkende Milchpreise sicherten nicht das Einkommen kleinerer Betriebe. Die Quote war noch flächen- und hofgebunden. Es gab sowohl eine Höchstmenge Milch pro ha, die gehandelt werden konnte (real 4000 Liter/ha) als auch Höchstgrenzen des freien Betriebswachstums (300.000 kg). Darüber half nur Kooperationsakrobatik zu größeren Wachstumsschritten. Zugunsten der Länderreserven wurden bei jedem Quotenhandel Milchmengen eingezogen.

Mit der Einführung des von Flächen unabhängigen Quotenhandels und

zeitgleich der Begünstigung von Mais im Prämiensystem, wurde die Milchherzeugung seit Anfang der 90er Jahre auf Grünlandstandorten immer uninteressanter. Zeitgleich stieg das Milchleistungspotenzial der Kühe rasant, die damit eine immer höhere Konzentration der Energie im Futter brauchten. Bis 2000 konnten aufgebende Betriebe noch örtliche Strukturpolitik betreiben, indem sie die Milch zusammen mit Grünland an ortsansässige Kollegen abgaben. Mit dem seit 2000 geltenden Börsenmodell ist auch dieser Weg versperrt:

Milchviehhaltung wird aufgrund der Prämien- und Marktordnungssysteme immer weiter von der Futtergrundlage Grünland und vielfältigem Ackerfütterbau entkoppelt. So wandert Milchquote immer mehr aus vielen Grünlandregionen heraus, die dann ohne Einkommensalternativen dastehen. Hier hat das System neue benachteiligte Gebiete und Betriebe geschaffen. Besonders bedenklich ist der Kapitalabfluss von den Betrieben.

Daraus ergeben sich folgende Forderungen:

1. Gerechte Ausgleichszahlungen

Wichtiger als die Frage des Vorhandenseins einer Quotenregelung ist für viele Betriebe und Regionen eine Beendigung der Wettbewerbsverzerrung, die das derzeitige Prämien- und Ausgleichszahlungssystem hervorruft. Wir brauchen ein Prämiensystem der Fläche, das einheitlich ist und das Grünland und Ackerfütterbau anderen Kulturen gleichstellt. Besondere Leistungen für Umwelt- und Kulturlandschaft (Vielfalt, Flächenstruktur) werden mit einem zusätzlichen Ausgleich honoriert, ebenso die ökologi-



Die Referenten sorgten wieder für ein spannendes Programm der gemeinsamen Milchtagung von AbL, KLJB und Universität Kassel. Über Rindfleischmarkt, Grundfutterleistung, Agrarpolitik, Bürokratismus und Milchqualität berichteten K. Pleuß (Neuland, nicht im Bild), Prof. Poppinga (Tagungsleitung, v.l.), Dr. Krutzinna (Univ. Kassel), Prof. Heißenhuber (TU München) R. Rantza (Ministerium Nds.), J. Jacobi (Tagungsleitung) und Dr. V. Pastuschenko. Foto: Jasper

sche und tiergerechte Weidehaltung. Grünland ist generell den benachteiligten Gebieten zuzuordnen. Dies hat als betriebsbezogene Betrachtung zu erfolgen. Soweit Ausgleichszahlungen für Milchpreissenkungen erfolgen, sind diese als Kuhprämien oder als zusätzliche Leistungen auf eine Grünlandprämie aufzuschlagen. Voraussetzung für Prämienzahlungen ist die Koppelung an die Arbeitskraft. Neben den Anforderungen des Tierschutzes muss die Stallbauförderung vor allem kleinen Herden und natürlichen Begebenheiten wie Ortslage und Baugrund gerecht werden.

2. Handel mit Quoten

Hier gilt es, gravierende Fehlentwicklungen zu korrigieren:

Beim Erwerb von Lieferrechten muss eine hoher Anteil von Futterfläche nachgewiesen werden.

- 1 ha Grünland/ Ackerklee gras pro 10.000 kg

- 2 ha sonstiger Futterbau für 10.000 kg
Bei Mengen über 300.000 kg je Arbeitskraft des aufnehmenden Betriebs, erfolgen beim Quotenhandel Abzüge in die Länderreserve (20 %).

3. Quotenkürzungen

Bei einer Beibehaltung des Quotensystems in Europa, ist eine Kürzung der Referenzmenge um durchschnittlich 10 % erforderlich. Freigestellt werden Betriebe mit hohem Dauergrünland und Klee grasanteil sowie kleinere Betriebe. Die Kürzungen werden progressiv gestaffelt.

4. Zukunft der Mengenregulierung

Das Lieferrechtsmodell ist die sinnvollste Form der Quotenregelung. Nur das Abschaffen der Exportsubventionen rechtfertigt einen Außenschutz für Produkte. Milch kann über dem Inlandsverbrauch erzeugt werden, wenn die Molkereien entsprechende Exportverträge haben. Dann müssen die Molkereien die gesonderten Exportmengen vor den Referenzmengen erfüllen. Das bietet Molkereien und Landwirte die Chance hochwertige Regional- und Spezialprodukten international zu vertreiben und dabei noch vertretbare Milchpreise zu erzielen.

Bernd Voss, Milchbauer aus Schleswig-Holstein

Zukunft der europäischen Milchpolitik

Bericht vom Milchseminar der europäischen Bauernorganisation (CPE)

Breit vertreten waren die CPE Organisationen aus Ländern der EU, der Schweiz, Norwegens und Polens. Unterschiedlich die Strukturen, einheitlich der Wille für eine Agrarpolitik, die das Einkommen vieler Bauernfamilien flächendeckend aus der Milchherzeugung sichert. Christian Boïsgontier, CPE-Vorstand, machte deutlich, dass seit der Einführung der Quote in Frankreich 3/4 der Milchbauern aufgegeben haben. Ähnlich die Situation in den anderen europäischen Ländern.

Die Knappheit der Finanzmittel habe die Reform der Milch in der AGENDA 2000 auf das Jahr 2006 verschoben. Zwei Wege stehen jetzt an:

1. Flexibilisierung und Abschaffung der Quote oder

2. Beherrschung eines Marktes bei derzeit 75 % Produktion für den EU-Binnenmarkt

Bruno Hot, in Vertretung des französischen Agrarministers Galvani, vertrat die Meinung, ohne Quote sei die Milchherzeugung auf noch weniger Betriebe

und Regionen konzentriert. Europas Chancen seien: Verbraucher-Vertrauen und Qualität. Frankreich will die Beibehaltung der Quote und eine beschleunigte Preissenkung. „Ein Preisausgleich für die Milchbauern“, so Bruno Hot, ist auch 2008 nicht in den staatlichen Haushalten vorgesehen. Frankreich habe aber die 2. Säule aktiv genutzt und so einer Stabilisierung im ländlichen Raum Vorschub geleistet.

Bei der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die Probleme mit den

überhöhten Quotenpreisen insbesondere Deutschland und die Niederlande haben. Die CPE-Mitgliedsverbände waren sich aber darin einig, dass es für kleine und mittlere Betriebe eine wirksame Mengensteuerung bei Milch auch zukünftig geben muss. Unverzichtbar ist aber auch eine Änderung einer Prämiensysteme. Hin zu einer Bindung an Arbeit und einer anderen Intensität der Produktion. Dazu gehört auch ein Ende der alleinigen Prämienberechtigung von Mais im Futterbau.

Bernd Voss

Vor einiger Zeit hatte ich bereits etwas für diese Seite geschrieben. Damals befanden wir uns gerade mitten in der Bauphase für unseren neuen

Betriebsspiegel

Der Schepershof liegt im Bergischen Land in der Nähe von Wuppertal. Träger ist ein gemeinnütziger Verein und bewirtschaftet wird der Betrieb von einer Betriebsgemeinschaft. Die landwirtschaftliche Fläche beträgt ca. 50 ha, die je zur Hälfte als Grün- und Ackerland (Getreide, Kartoffeln, Feingemüse, und Futteranbau) genutzt werden. Zum Hof gehören eine Milchviehherde sowie Schweine und Hühner.

Kuhstall. Diese sehr anstrengende und stressige Zeit ist nun zum Glück abgeschlossen. Es ist jetzt bereits der zweite Winter, den die Kühe im neuen Stall verbringen. Die Eingewöhnung der Tiere ging erstaunlich schnell und der neue Stall erfüllt die in ihn gesetzten Erwartungen bezüglich der besseren Unterbringung der Tiere und der verbesserten Arbeitsqualität. Ein Problem, an dem ich allerdings noch zu arbeiten habe, ist die meines Erachtens zu hohe Rate an Stoßverletzungen. Unsere Kühe befinden sich im Vollbesitz ihrer Hörner, so wie es sich für eine artgerechte Kuhhaltung gehört. Dem-

entsprechend großzügig ist der Stall ausgelegt und in der Regel ist die Herde auch ruhig. Allerdings gibt es immer wieder Phasen mit verstärkter Unruhe etwa bullige Kühe aber auch das Zusammentreiben vor dem Melken und das Öffnen des Fressgitters, in denen es zu Rangeleien innerhalb der Herde kommt. Hier sind noch einige Verbesserungen vorzunehmen.

Abgesehen von dieser Problematik steht im Augenblick für mich die züchterische Frage stärker im Vordergrund. In der Vergangenheit habe ich ganz unkonventionell in der Regel Bullen aus eigener Zucht für die Belegung einge-

setzt. Da die Herde sehr heterogen war, war dies ein adäquates Mittel, um eine einheitlichere und hofbezogene Herde zu entwickeln. Weil ich aber gemerkt habe, dass das Potenzial der eigenen Tiere, gerade was die Lebensleistung betrifft an ihre Grenzen angelangt ist, bin ich seit dem vergangenen Jahr auf der Suche nach geeigneten Zuchtbullen. Bei dieser Suche bin ich auf die Rasse altdeutsches schwarzbuntes Niederungsrind gestoßen. Es handelt sich dabei um eine Zweinutzungsrasse mit Betonung auf die Milchleistung. Es sind sehr robuste ausgeglichene und in ihrer Milchleistung und auch Lebensleistung durchaus akzeptable Kühe. Schließlich habe ich auch einen Betrieb, der eine ansprechende Milchviehhaltung und -Zucht betreibt, gefunden. Inzwischen konnte ich mir von diesem Hof ein vielversprechendes Bullenkalb abholen, der dann ab einem Alter von 16 Monaten zum Decken der Kühe eingesetzt werden soll. Dies ist im Vergleich zur herkömmlichen Zucht mit künstlicher Besamung oder gar Embryotransfer ein sehr langwieriger Weg. Auf der anderen Seite ist es mir wichtig, dass die Kühe im Natursprung belegt werden und die eigene Aufzucht erleichtert wesentlich den Umgang mit dem ausgewachsenen Bullen.

Ludger Weiligmann, 34 Jahre

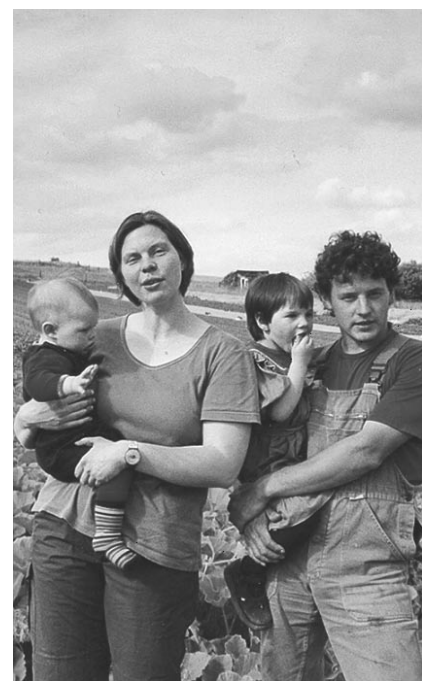
Aus dem Kuhstall

Für Norddeutsche: Hör mir doch mal zu! Und also gut! Nach sechs Jahren in Südniedersachsen fühle ich mich zwar nicht mehr wie ein Exot. Aber auf dem Vorbereitungslehrgang zur Gärtnermeisterprüfung in Heidelberg vier Monate lang vertraute Dialekte zu hören, hatte auch sprachlich seine warmen Seiten. Da wollte ich was für meine Bildung tun und gleichzeitig meine in manchen Bereichen spärlichen Gärtnerkenntnisse auffrischen.

Nebst der Tatsache, doch nicht unersetzlich zu sein, gab es eine weitere wichtige Erkenntnis für mich: Sitzende Tätigkeiten in viel zu warmen Räumen mit viel zu trockener Luft sind eben nichts für einen Bauern. Nach einer Woche war ich das erste mal in diesem Jahr krank. Die wenigen Stunden am Wochenende zu Hause konnte ich denn auch umso mehr genießen. Und die Krönung war dann natürlich das nächtliche Grubbern und Spaten unserer Felder bei klirrendem Frost, für den Bauern in mir.

Und meine Schwäche für Buchhaltung und BWL war auch nicht so ganz daneben.

Viel zu wenig hatte die Familie in dieser Zeit von mir – was sich an breit strahlenden Gesichtern zeigte, wenn sie mich mal wieder Freitag abends am Bahnhof abholten. Und daran, dass die Kleinen auch nach 10 vorgelesenen Büchern noch tapfer zugehört haben. Nebenbei: Die Bahn ist auch nicht pünktlicher als die meisten Bauern ... Nach einem kurzen Frühjahrsausbruch mit 2 Tagen und Nächten vollem Bearbeitungs-, Pflanz- und Pflegepro-



A Horchmol her! Alla guuut!

gramm frieren unsere Salate, Kohlrabi, Fenchel und Radieschen jetzt eben mal wieder vor sich hin. Oder sie mutieren zu Reispflanzen. Nur die Harten kommen halt in Garten ...

Unsere beiden Mädels erfreuen sich hingegen an jeder Matschpfütze auf dem Hof. Je größer, tiefer und sumpfiger, desto toller. Zum Glück gibt es da ja Gummistiefel und Buddelhosen – einmal abspritzen und sauber sind die Kleinen wieder. Die Große wird im Herbst auch schon wieder 5 Jahre – und weiß schon ziemlich genau, wie man am besten auf Papas Trecker steigt und für was die Knöpfe und Hebel da so sind.

Als die Kinder kamen, hatte ich nie darüber nachgedacht, wie die mein Bauernsein wohl so finden. Mittlerweile tut es mir ziemlich gut, wenn Hannah im Kindergarten erzählt, daß das Gemüse vom Mittagstisch von unserem

Acker kommt und die Kühe bald wieder Kälbchen kriegen. Als mittlerweile einziger Vollerwerbsbetrieb im Dorf bekommen die Kinder sonst ja auch fast nur noch Pferde auf der Wiese zu sehen.

Letzte Woche waren wir bei einer Freundin zu Besuch. Die lebt zur Zeit auf dem Hutzelberg-Schulbauernhof in Nordhessen und betreut da am Wochenende die Zwei- und Vierbeiner mit. Für die Kinder war es absolut genial, sich mitten zwischen den Schweinen, Kühen, Pferden, Schafen, Kaninchen und Hühnern frei bewegen zu können – wir haben sie nur schwer wieder nach Hause bekommen. Und für mich war es ein bisschen nostalgisch: Es roch wie früher in Nachbars Stall, die Milch war noch kuhwarm und die Kaninchen irre kuschelig.

Abends musste ich dann an meine Lehrerin an der Meisterschule denken:

Betriebsspiegel

MännerGbr mit 2 Gesellschaftern und drei festen Saisonangestellten, 2,5 ha Intensivgemüsebau mit 35 Kulturen und eigener Jungpflanzenanzucht, 1400qm Folienhäuser, 5 ha Grünland/Streuobstwiesen mit vierköpfiger Mutterkuhherde und Nachzucht sowie Apfelsaftherstellung. Vermarktung: 1 Wochenmarkt, eigene Abokistenfirma (www.lotta-karotta.de) in Kooperation mit 4 Betrieben und mit 3 Festangestellten, Großhandel, Kollegen, Gemüseverarbeitender Betrieb im Ort und 2 Einzelhandelsgeschäfte in Göttingen.

„Warten sie mal ab, Handyverkaufen wird auch wieder an Bedeutung verlieren“ war ihr Spruch, wenn wir uns zwischendurch fragten, wo denn die Auszubildenden sein sollten, für die wir gute MeisterInnen werden wollen.

Nach Boom organisches Wachstum

Widersprüchliche Eindrücke des Bio-Milchmarkts

Seitdem das Feuer unter der Wunschmarke 20% Marktanteil der Ökoprodukte entzündet wurde, schäumt die Bio-Milch im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel. Für die Bauern hatte das letzte Milchjahr gute Auszahlungspreise – ob bio oder konventionell – gebracht. „Das ist endlich ein Preis zu dem Bio-Milch produziert werden kann“, freut sich Rüdiger Brüggemann von Bioland Bayern. Ein Preis der dem Mehraufwand und den höheren Kosten z.B. für Kraftfutter im ökologischen Landbau entspricht. Der gerechte Preis hat Lebensmittelketten (LEH) von Edeka bis zu Discountern wie Plus nicht abgehalten auf den Bio-Milch-Zug aufzuspringen. Etliche der Bio-Molkereien berichten von Anfragen des LEH: „Auf der Biofach waren wir mit mehreren Vertretern von Lebensmittelunternehmen im Gespräch“, erzählt Barbara Steiner von der Molkerei Berchtesgadener Land im südlichen Bayern. Der Schwerpunkt der ältesten Bio-Molkerei Deutschlands ist der Naturkosthandel, an den sie auch in Italien und Österreich Demeter-Milch liefern. Mit der Bio-Milch von 75 Naturland Bauern gehen sie auch in Supermärkte, z. B. Edeka Süd. Während die Berchtesgadener noch Bio-Milch zukaufen, befindet sich die größte deutsche Bio-Molkerei Scheitz ebenfalls aus Bayern nach deutlichem Wachstum in der Konsolidierungsphase. Im letzten Jahr hatte sie ihre Milch-erfassung und -verarbeitung zusam-

men mit Humana in der gläsernen Meierei in Rostock nach Norddeutschland ausgeweitet.

Begehrte Lieferpartner

Genau beobachtet wurde von Insidern der Wettbewerb zwischen Scheitz und der nordrhein-westfälischen Molkerei Söbekke um die Lieferungen von Bio-Milch für Bio-Wertkost von Edeka Nord. Dass Söbekke das Rennen machte, werten einige „als Frage der Preisdisziplin“, andere halten es für wenig sinnig Milch aus Bayern mehrere hundert Kilometer weit durch die Gegend zu fahren. Auch große konventionelle Molkereien haben den Einstieg in den Bio-Milchmarkt vollzogen, erfassen und verarbeiten nun die Milch ihrer Bio-Bauern getrennt. Als im ersten Drittel 2001 der Markt boomte, begannen Testphasen einiger Molkereien. Die Milch Union Hoheifel hat im Sommer eine fünfjährige Testphase gestartet, in der sie 16 Bio-Bauern einen Zuschlag für die 8 Mio. kg Bio-Milch zusagte, die zu verschiedenen H-Produkten von H-Milch bis Kaffeesahne u.a. für Rewes Hausmarke Füllhorn verarbeitet wird. Eine Ausdehnung ist nicht geplant.

Rein und Raus

Dass der Export in europäische Staaten wie Frankreich auf Dauer zurückgehe, sei zu warten gewesen, berichtet Rüdiger Brüggemann von Bioland Bayern. In Frankreich kam es selbst für die national organisierte Liefergemeinschaft Bio Lait

überraschend, dass von den großen Supermärkten das Interesse an Bio-Milch und -Milchprodukten seit dem Spätherbst sprunghaft zurückging, berichtet Alain Basson vom Vorstand der Bio Lait. Die Bio-Vermarktungsquote ihrer Milch sank seitdem deutlich. Auf Import von Bio-Milch setzt seit dem Frühsommer hingegen die norddeutsche Meierei Trittau, die von der skandinavischen Molkerei Arla Foods mehrere Mio. kg Milch im Jahr bezieht. In Großbritannien sieht die Situation ähnlich aus wie in Frankreich, dort können viele Bauern nur für einen Teil ihrer Milch den vollen Bio-Zuschlag erzielen. Die britische Lebensmittelkette Tesco will den Verkaufspreis für Bio-Milch um 10% senken, um den Mengenabsatz zu erhöhen.

Wert in Preis umsetzen

Die teils auch hier genannte Einschätzung, dass der Druck der Ketten auf den Bio-Preis steigen wird, entspricht deren Logik: Niedrige Milchpreise, um mehr Käufer zu werben, mehr umzusetzen. Auffällig ist, dass seit Beginn der BSE-Krise kaum noch Kunden mit Sonderangeboten für Milch in die Supermärkte gelockt wurden. Das Image von Billig-Produkten war zu sehr mit Massenwaren, Massenproduktion und den Skandalen um BSE verbunden. Allmählich beginnt die Werbung wieder. Der Discounter Plus wirbt momentan für seine neue BioBio-Hausmarke, z. B. mit Bio-Butter für 1,29 €,

die nur noch wenig mehr kostet als konventionelle Premiumprodukte wie Irische Butter für 1,15 €. Bei diesen Preisen verdienen weder Molkerei noch Bauern.

Schon jetzt ist konventionelle Premium-Milch in Flaschen teils zum gleichen Preis oder gar teurer als Bio-Milch im Karton im Laden zu haben. Während die Premium Marken Weihenstephan und Landliebe bei Frischmilch einen Marktanteil von 8% haben, liegt er bei Bio-Frischmilch noch bei 3%.

Nach der auf der Biofach vorgestellten ZMP Studie zu Bio-Frischmilch im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel hat der Markt noch etliche Potenziale. Bio-Frischmilch gibt es erst in jeder vierten Filiale, ihr Anteil am gesamten Frischmilch-Markt ist von Dezember 2000 bis Dezember 2001 von 2,2 auf 3,5 % gestiegen, das heißt in der Menge von 1,7 auf 2,7 Mio. Liter. Nach Auffassung Paul Michels von der ZMP ist es Zeit für neue Impulse. Selbst Kunden, die regelmäßig Bio-Frischmilch kaufen, decken nicht mal die Hälfte ihres Bedarfs damit.

Vertrauen aufbauen, überzeugen und den höheren Preis erklären gehören zum Biomarkt, gleich wo. Gerade bei den Filialen von Edeka oder tegut, die nicht auf Niedrig-Preise setzen, liegen die Umsätze der Bio-Waren klar über dem Durchschnitt. So kann für die Milch ein gerechter Preis erzielt werden. ms

Ökologische Dividende

Aktiengesellschaft für die Unterstützung von Biobauern gegründet

Unsere eigene Erfahrung mit der Upländer Bauernmolkerei, dass es Unternehmen im Bio-Bereich oft an Kapital fehlt, um ihre Ideen umsetzen, ist der Hintergrund für die Bio Bauern Beteiligungs AG,“ leitet der Aufsichtsratsvorsitzende der BBB AG Josef Jacobi ihren Gang an die Öffentlichkeit ein. Ziel der Aktiengesellschaft ist es Kapital, was ja durchaus in der Gesellschaft vorhanden ist, in umweltverträgliche Projekte im Biobereich zu steuern. Den ökologischen Landbau auf allen seinen drei Ebenen Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb voranzutreiben ist die Idee. „Spezialitäten sollen überregional und Basisprodukte wie Frischmilch regional erzeugt und vermarktet werden,“ führt Georg Scheitz, Vorstandsvorsitzender der BBB AG aus. Die Unterstützung der

BBB AG besteht aus Kapital und Darlehen. „Der Kleinaktie wollen wir einen neuen Namen verschaffen, den Klang sich an einer guten Sache zu beteiligen,“ so Ralf Lottmann, Finanzvorstand der BBB AG.

Direkt nach der Eintragung ins Handelsregister ist noch nicht beschlossen, welche Projekte als erstes unterstützt werden. Angedacht ist sich bei der Upländer Bauernmolkerei an der Einführung eines Kräuterfrischkäses zu beteiligen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre will die BBB AG 20 Mio. € für die Entwicklung der Bio-Branche einwerben.

Aktien können ab sofort gezeichnet werden. ms

Interessenten können sich an die BBB AG wenden, Postfach 101964, 44719 Bochum, Tel. 0234-60366



Die Gründungsgesellschafter der Bio Beteiligungs Aktiengesellschaft: Barbara (nicht im Bild) und Georg Scheitz (rechts) von der Molkerei Scheitz GmbH, Josef Jacobi (links) und Karin Artzt-Steinbrink von der Upländer Bauernmolkerei sowie Ralf Lottmann (2. von links) von der Projekt Gesellschaft Bochum. Alle fünf haben je 18.000 A als Grundkapital eingezahlt. Foto: Schimpf



Leben auf den Hof!

Mit Einkommenskombinationen das Hofleben verändern?!

Direktvermarktung, Altenpflege, Urlaub auf dem Bauernhof, Kunst, Pferdeponen, Partyservice, Weihnachtsbäume, Selbsterntegarten, Bauernhofcafé, Blumen zum Selberpflücken, Windräder, Konzerte, Apfelsaft aus Streuobstwiesen, Fahrradtankstelle, Schulbauernhof, Käseereibesichtigung. Die Liste der Tätigkeiten, die Bauern und Bäuerinnen zusätzlich zur eigentlichen landwirtschaftlichen Produktion machen, ließe sich beliebig fortsetzen. Das Ausmaß und die Bedeutung von Einkommenskombinationen überraschte auch die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, die im letzten Jahr eine Befragung zum Thema Diversifizierung in ihrem Kammerbereich durchführte. Die Studie zeigt, dass ein Viertel der Be-

der an einem EU-weiten Forschungsprojekt teilnimmt, schätzt die zusätzliche Wertschöpfung an der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland durch Einkommenskombinationen auf rund 2,6 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Nachfrage der Gesellschaft nach Landwirtschaft, ländlicher Idylle und Bauerntum zeigt einmal mehr die multifunktionale Rolle der Landwirtschaft. Dabei geht es nicht um Getreide, Fleisch, Milch und Kartoffeln und Gemüse, sondern um ‚Veredlungsprodukte‘ wie Brot, Joghurt, Wurst, Marmelade, eingelegte Gurken, um nur einige zu nennen. Aber auch das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Vermarktet wird selbst der Bauer. Frau Rößmann, die ihr schmuckes

Was Hubert Loick aufgebaut hat, könnte aber auch woanders gelingen, doch vielleicht nicht jedem. In enger Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Ministerien hat er Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen, sprich Mais, bis zur Marktreife entwickelt. „Fast CO₂-neutral produziert und biologisch abbaubar“ freut er sich. Mit Verpackungsmaterialien fing er an, bald kamen Folien und Dämmstoffe hinzu. Sein jüngstes Produkt ist kompostierbares Einweggeschirr wie Becher, Pommesschalen usw. Längst beliefert der 30-Mitarbeiter-Betrieb Firmen wie Siemens, Manufactum und Daimler Chrysler. Und wer Mais hat, der hat auch Schweine. Aber wer Schweine hat, der hat noch lange keine Biogasanlage. Die von Loick ist bundesweit die erste, die die Abwärme zur Erzeugung von Kälte nutzt. Damit wird in den Sommermonaten die Temperatur im Schweinestall gesenkt. Während die Landwirtschaft auf Loicks Betrieb nicht jedem schmecken dürfte, ist sein Engagement, klassische Erdölprodukte durch umweltfreundliche zu ersetzen, doch sehr anzuerkennen.

Mit Starthilfen ruhiger schlafen

In welcher Weise Bauern und Bäuerinnen auch immer auf den Zug der Einkommenskombination springen wollen, die Bundesländer halten zahlreiche Förderprogramme bereit. Auch wenn die sorgfältige Planung und Konzeption einer Geschäftsidee sowie der Austausch mit anderen das A und O sind, so kommt der Förderung doch eine bedeutende Rolle zu. Obwohl sich das Geschäft auch ohne Zuschüsse tragen muss, können die Starthilfen doch für einen ruhigeren Schlaf sorgen. Welche Förderung für welches Vorhaben die richtige ist, hängt auch von der Konzeption der Programme ab. Wer z.B. in NRW mit Fremd-AK arbeiten möchte, dem sei das Diversifizierungsprogramm empfohlen, über das Personalkosten bezuschusst werden können. Wer hingegen bauen will, der ist mit Fördermitteln aus dem AFP oder der Dorferneuerung (Umnutzung bestehender Gebäude) besser beraten. Trotzdem sei an dieser Stelle vor den Problemen im Zusammenhang mit Baugenehmigungen gewarnt, besonders bei Betrieben, die außerhalb von Dörfern liegen und nicht an die kommunale Wasser- und -entsorgung angeschlossen sind. Zudem wollen Städte und Kreise Gewerbebetriebe nun mal in Gewerbegebieten wissen und stellen sich daher häufig quer.

Alexandra Burmann



Für viele Kinder ist das Spielen im Stroh eine ganz neue Herausforderung.

Foto: Burmann

triebe über mindestens einen weiteren Erwerbszweig im Betrieb verfügt. An der Spitze steht dabei die Vermietung von Hofgebäuden als Wohnungen mit 14 Prozent, dicht gefolgt von Direktvermarktung, Maschineneinsatz bei Nachbarn und Pferdeponen. Altenpflege, Heuhotel und Hundepension bilden dabei eher das Schlusslicht.

Vermarktet wird selbst der Bauer

Welches Geschäft das richtige ist, kann aber pauschal nicht beantwortet werden. Das richtet sich einerseits nach persönlichen Vorlieben und Interessen sowie nach betrieblicher Ausstattung, andererseits nach dem Markt. Wer im mittelgebirgigen Sauerland wohnt, hat gleich zwei Bonuspunkte für Tourismus erfüllt: die Nähe zum Ruhrgebiet und eine anmutende Landschaft. Aber auch wer an einer vielbefahrenen Radwanderstrecke im Münsterland wohnt, kann den Kohlenpötlern was bieten. Wieviel Geld mittlerweile durch Einkommenskombination den Besitzer wechselt, ist kein Pappentil. Dr. Karlheinz Knickel,

Spieckerhaus und den ehemaligen Schweinestall für Familienfeiern und Betriebsfeste umgebaut hat, weiß, dass die Kunden die persönliche Atmosphäre und die heile Bauernfamilie schätzen.

Pommes-Schälchen aus Mais

Synergieeffekte nutzt die Käseedele Rafflenbeul, wo Kunden nach dem Besuch des in der Nachbarschaft liegenden Freilichtmuseums nicht nur eigens hergestellte Molkereiprodukte erstehen, sondern gleich noch die Käseerei besichtigen können. Um die Angebotspalette zu erweitern, vermarkten die Rafflenbeuls auch den Ziegenkäse eines befreundeten Betriebes sowie Brot, Wurst, Liköre, Fruchtweine, Marmeladen und verschiedene Senfsorten anderer Direktvermarkter. Dabei ist die Professionalität, mit der diese Produkte aufgemacht sind, nicht zu verkennen. Längst gibt es Direktvermarkter, die im großen Stil andere Hofläden beliefern.

Nun ist Nordrhein-Westfalen aufgrund der Marktgröße sicherlich ein Traumland für Bauernhofangebote.

Förderung: Diversifizierung

Dies ist die letzte Ausgabe unserer Sonderseiten zum Thema Förderung. Diese und weitere Informationen sind ab Mai als Broschüre über die Bundesgeschäftsstelle der Abl erhältlich sowie unter www.abl-ev.de.

Diese Sonderseiten werden im Rahmen des Abl-Projekts „EU-Instrumente zur Förderung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe“ erstellt.

Das Projekt wird von der EU unterstützt.

Redaktion: Alexandra Burmann

Tel: 02381-9053170, Fax: 02381-492221



„Ich hätte nie gedacht, dass so viel Kraft in mir steckt!“

Kindergeburtstage auf dem Bauernhof veranstalten

Klausi sieht ganz schön abgekämpft aus. Gerade hat er sich den zweiten Platz beim Strohballen-Weitwurf hart erungen. Jetzt erholt er sich, knallrotes Gesicht, verschwitzte Locken an der Stirn klebend, von den Strapazen. Auf dem Programm steht für heute noch eine Planwagenfahrt, eine Trettreckerrallye und das Wettmelken an einer Holzkuh. Klausi ist einer von Anikas zehn Geburtstagsgästen. Sie hat zur Feier des Tages ihre Freundinnen und Freunde auf den Cremerhof nach Geilenkirchen-Beeck eingeladen. Später dürfen die Kinder noch beim Füttern der Rinder helfen und die einzige echte Kuh des Hofes melken. Den krönenden Abschluß des dreistündigen Besuchs auf dem Cremerhof nahe der holländischen Grenze bildet der Strohspeicher, auf dem sich die Kölner Kids nach Herzenslust austoben können. Kindergeburtstagsfeiern auf Bauernhöfen veranstalten ist ein Nischengeschäft, das sich immer größerer Beliebtheit erfreut. Als Agnes und Hans-Josef Cremer 1999 mit den Planungen dafür anfangen, waren sie die ersten in der näheren Umgebung.

Milchviehhaltung aufgeben

Begonnen hatte alles mit der Einführung der Milchquotenbörse. Wegen fehlender Hofnachfolge und unsicherer Quotenpreise empfahl der Milcharbeitskreis der Landwirtschaftskammer Rheinland, in dem Hans-Josef Cremer viele Jahre mitgearbeitet hatte, die Quote samt 24 Milchkühen zu verkaufen. Damit würde dem 35-ha-Betrieb ein großer Teil des Einkommens fehlen. Für Agnes Cremer stand fest, dass sie nun dazu verdienen musste. Sie wollte aber nicht wieder in ihren alten Beruf, sondern auf dem Hof aktiv werden. „Ich hatte immer von einem Bauernhofcafé geträumt.“ Als sie dann gemeinsam mit ihrem Mann eins besuchte, fand sie es schön, wusste aber im selben Moment, dass das nicht das Richtige für sie ist. „Bei uns waren immer viele Kinder auf dem Hof“ erinnert sich Frau Cremer: die eigenen, Nichten und Neffen und deren Spielgefährten. Als sie von der Idee hörte, Kindergeburtstage zu veranstalten, war sie begeistert.

Bei der ernsteren Auseinandersetzung mit dem Thema wurde aber schnell klar, dass es ohne Investitionen nicht geht. Die Hygienevorschriften verlangen, dass Kuchen und andere Speisen für die Kindergeburtstage in einer separaten Küche vorbereitet werden. Außerdem musste eine Toilette eingebaut werden. Alles in allem sollten sie dafür 70.000 DM berappen. Die Frage kam auf, ob diese Investition nicht



Heuhotels sind häufig Ziel von Schulausflügen

Foto: Cremer

noch anderweitig genutzt werden können. „Als ich dann am Niederrhein ein Heuhotel sah, wollte ich selbst eins eröffnen.“ Dazu wiederum bedurfte es statt einer, zwei Toiletten, außerdem noch einer Dusche für die Gäste des Heuhotels. Aber das weitaus größere Problem waren die Brandschutzvorschriften, da die Gäste über dem für die Geburtstagsfeiern genutzten Raum schlafen sollten. Die erste Reaktion des Bauamtes war erst einmal niederschmetternd. „Das geht nicht.“ Doch als Agnes Cremer sich weiterhin energisch dahinter klemmte fand sich schließlich doch ein Beamter, der herausfand wie es geht.

Zuschuss für Umnutzung

Für die Cremers bedeutete das im Prinzip, das ganze Dach zu sanieren. „Aber wir wollten ja schließlich unseren Hof retten, und da uns das Dach sowieso früher oder später zusammengebrochen wäre, schluckten wir schwer und machten uns an die Arbeit.“ Insgesamt wurden schließlich rund 300.000 DM in den Hof investiert. Viel mehr als ursprünglich veranschlagt. Und wer meint, dass sei den Cremers nur leicht gefallen, dem sei gesagt, dass sie auch Phasen der Angst und des Zweifels durchlebt haben. Manche wollten es ihnen auch vermiesen, weil sie sie als Konkurrenten sahen. Aber davon haben sie sich nicht ins Boxhorn jagen lassen. „An einem bestimmten Punkt waren wir davon überzeugt, dass es klappt.“ Frau Cremer freut sich über die gute Zusammenarbeit mit dem Amt für Agrarordnung. Dort können Landwirte, die bestehende Gebäude für gewerbliche Zwecke umnutzen möchten, einen Zuschuss von bis zu 35

Prozent der Baukosten bekommen, dazu gehören auch Baunebenkosten z.B. für Architekten und Ingenieurleistungen. Die Zuschüsse sind einkommensabhängig. Ab 90.000 Euro Familieneinkommen werden sie gar nicht mehr gewährt.

Heute veranstaltet Agnes Cremer auf ihrem Bauernhof drei Kindergeburtstage pro Woche. Zusätzlich betreibt sie von April bis Oktober ein Heuhotel. Eine Geburtstagsfeier bis zu zehn Personen bringt ihr 105 € Einnahmen. Die Kinder können draußen, und bei Regenwetter auch drinnen spielen. So können die Feiern das ganze Jahr über angeboten werden. Das Heuhotel fasst bis zu 40 Gäste, die in mitgebrachten Schlafsäcken im Heu schlafen. Die Planung des neuen Standbeins hat anderthalb Jahre gedauert, die Bauzeit betrug neun Monate. Dabei haben die Cremers, die

knapp zwei Monate nach Antragstellung ihre Baugenehmigung in der Tasche hatten, wirklich Glück gehabt. Frau Renate Carstens, zuständig für Einkommenskombinationen bei der Landwirtschaftskammer Rheinland, weiß, dass es baurechtlich meist die größten Probleme bereitet. Schwierig wird's z.B. für Betriebe, die nicht an die öffentliche Wasserversorgung oder Kanalisation angeschlossen sind.

Gestärktes Selbstvertrauen

Seitdem Agnes Cremer sich in ihren neuen Betriebsbereichen engagiert, hat sich das Hofleben sehr verändert. Früher habe sie viel ihrem Mann im Stall geholfen, jetzt hat sie ihr eigenes Geschäft, und das hat ihr Selbstvertrauen gestärkt. „Jetzt habe ich Geld, dass ich selbst verdient habe. Ich bin 50 Jahre, aber ich hätte nie gedacht, dass so viel Kraft in mir steckt.“ Nach eigenen Angaben erwirtschaftet Frau Cremer rund 30 Prozent des Familieneinkommens. Noch eine Erfahrung möchte sie an all jene weitergeben, die mit Einkommenskombinationen liebäugeln: Wenn der Partner nicht dahinter steckt, dann funktioniert es nicht. Abgesehen von sehr arbeitsintensiven Zeiten, hilft ihr Mann sehr viel, z.B. indem er die Planwagenfahrten bei den Geburtstagsfeiern durchführt. Es kommt aber auch vor, dass er seine Feldarbeit liegen lässt und lieber seiner Frau hilft. Darum und wegen des hohen Anteils an Pachtland glaubt sie, dass die Landwirtschaft auf Dauer weniger wird, die Gäste dagegen mehr. *Alexandra Burmann*



LandfrauenService: Frauen qualifizieren und vernetzen

Die Grundidee für den LandfrauenService im Kreis Gütersloh/Ostwestfalen ist einfach, erklärt Ingrid Wedeking, Vorsitzende und zugleich Geschäftsführerin. Meist ist eine Ausbildung bei den Frauen schon vorhanden, darauf kann man aufbauen. Und das ist heute nicht mehr nur die klassische Hauswirtschafterin. Zuerst wurden interessierte Frauen zu Gästeführerinnen qualifiziert. Dieser behutsame Einstieg war nötig, beurteilt Ingrid Wedeking heute rückblickend, man gibt auf den Höfen ja nicht gerne zu, dass Geld dazuverdient werden muss. Und auch das Ehrenamt hängt den Landfrauen noch sehr an. Doch Gäste durch die eigene Region zu führen, dafür ließen sich die Landfrauen gerne qualifizieren. Ein Anfang war gemacht. Heute bietet der LandfrauenService Gütersloh 25 verschiedene Touren zu bestimmten Themen wie „Burgen und Schlösser im Ravensberger Land“ an, die auch mit Besichtigungen landwirtschaftlicher Betriebe, mit Einkaufs- und Einkehrmöglichkeiten kombiniert werden können.

Büro zur Koordination und Vernetzung

Die Vernetzung von Angeboten ist ein wesentlicher Aspekt für den LandfrauenService Gütersloh. Ins Leben gerufen wurde er 1995 als Modellprojekt von Landfrauenverband und Landwirtschaftskammer. Ziel war es, Landfrauen bei der Aufnahme einkommenswirksamer Tätigkeiten zu unterstützen. Gefördert wurde das Modellprojekt im Rahmen der Frauenförderung. So konnte im Sommer 1996 ein LandfrauenServicebüro eingerichtet werden. Dies ist laut Ingrid Wedeking unerlässlich als zentrale Stelle, die über die Dienstleistungsangebote der Mitglieder informiert und Kontakte zu den Kunden herstellt. Zugleich bemüht es sich um den Qualitätsstandard der angebotenen Dienstleistungen und eine gute Ausbildung der Landfrauen. Der Verein LandfrauenService hat inzwischen 98 Mitglieder.

Neue Felder erschließen

Im Dienstleistungsbereich darf man nicht stehen bleiben, unterstreicht Ingrid Wedeking die Notwendigkeit des Servicebüros für die Zukunft, nachdem die Förderung als Modellprojekt im Jahr 2001 ausgefallen ist. Ein Problem für den Verein ist, dass viele Landfrauen nach dem Einstieg in die Selbständigkeit meinen, die 40 Euro Beitrag sparen zu können. Aber es reicht eben nicht, einmal ein Bauernhofcafé aufzumachen und dann zu meinen, das gehe dann einfach so weiter. So ist das Servicebüro bestrebt, das vielfältige Angebot der Landfrauen zu vernetzen. Zum Beispiel haben wir schon drei Heuhotels, erklärt Ingrid Wedeking, wenn jetzt noch jemand kommt und sagt, sie will ein weiteres einrichten, überlegen wir schon, ob das sinnvoll ist oder welches Angebot noch fehlt. Dabei erschließt der LandfrauenService ganz neue Berufsfelder. Auch dafür ist eine Förderung weiterhin nötig. Das ist von Einzelkämpfern nicht zu leisten, stellt Ingrid Wedeking fest.

Breite Palette an Dienstleistungen

Neben der Gästeführung im touristischen Bereich hat der LandfrauenService inzwischen auch den Be-

reich der Kinderbetreuung in vielfältiger Weise erschlossen mit Kindergeburtstag oder Spielenachmittag. Die Landfrauen verlassen aber auch ihren Hof, um Kinder in der Schulan-schlussbetreuung in den Schulen zu betreuen oder behinderten Kindern als Integrationshilfe den Besuch einer Regelschule zu ermöglichen. Als Familienpflegerinnen oder Hauswirtschaftsmeisterinnen leisten die Landfrauen Hilfe für Senioren und Familien. Im Haushaltsservice richten Landfrauen Familienfeiern z.B. als Mietköchin aus. Diplom-Öcotrophologinnen bieten Beratung in Ernährungsfragen. Als „Rundum-Sorglos-Paket“ für einen der schönsten Tage im Leben ist die „Landhochzeit“ mit entsprechendem Ambiente im Angebot.

Neue Projekte und ein Qualitätssiegel

Mit neuen Projekten ist es dem LandfrauenService gelungen, nun an dem Diversifizierungsprogramm in Nordrhein-Westfalen teilzunehmen. Im Modellprojekt „Reisevermittler“ sollen neue, kundenorientierte Pauschalangebote entwickelt werden. Gedacht ist dabei auch an die Bereitstellung von Leihfahrrädern auf den Höfen und deren Rücktransport sowie behindertengerechte Angebote. Darüberhinaus strebt der LandfrauenService eine Anerkennung durch die Krankenkassen als Anbieter hauswirtschaftlicher und pflegerischer Dienstleistungen an. Wichtig ist neben der Qualifizierung die laufende Qualitätskontrolle der Angebote. Erstmals wurde im März 2002 ein Mitgliedsbetrieb mit dem offiziellen Hofschild des LandfrauenService ausgezeichnet. Heike Lohöfener aus Werther-Langenheide hat als gelernte Wirtschafterin auf dem 100 ha-Betrieb mit



... und die Landfrau backt den Kuchen. Heute haben Landfrauen häufig ganz andere Berufe gelernt, auf die zurückgegriffen werden kann. Foto: Erdmanski

Schweinezucht (600 Mastplätze, 150 Sauen) einen Partyservice eröffnet und ein leerstehendes Gebäude in eine professionelle Großküche umgebaut. Mit dem Hofschild attestiert ihr der LandfrauenService die Teilnahme am Qualifizierungslehrgang sowie Qualitätssicherung durch kontinuierliche Weiterbildung. Zugleich ehrt er ihre Mitgliedschaft sowie die Unterstützung bei Werbung für das Gesamtangebot des LandfrauenService.

Und die Männer?

Ohne die Unterstützung der Männer und der ganzen Familie geht es nicht, weiß Ingrid Wedeking aus Erfahrung. Die Männer müssen den Frauen den Rücken freihalten, das heißt oft auch, Arbeitsabläufe auf den Höfen umzustrukturieren. Schwierig wird es immer dann, wenn größere Investitionen anstehen. Dann heißt es: Neue Küche oder neuer Trecker? Aber die Landfrauen verschaffen sich durch das eigene Einkommen auch eine neue Wertschätzung, beobachtet Ingrid Wedeking.

Förderung für Landfrauenservice in Baden-Württemberg

Mit der Unterzeichnung der Projektvereinbarung zwischen dem Landfrauenverband Württemberg-Baden sowie den Landräten der Kreise Main-Tauber, Hohenlohe, Schwäbisch-Hall und Neckar-Odenwald gab der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Stächele den Startschuss für das Projekt „Landfrauenservice“ und betonte, Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum trügen mit zusätzlichen Erwerbskombinationen entscheidend zur Einkommenssicherung der Familien bei. Geplant sind die

Arbeitskreise: Direktvermarktung, Tourismus, hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Tagesmütter und Berufsrückkehrerinnen. Das Gesamtprojekt „Landfrauenservice“ ist eingebunden in das Programm „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum“ und wird in den nächsten fünf Jahren mit rund 720.000 € von Landesregierung und Europäischer Union gemeinsam unterstützt. Minister Stächele nannte es eine einmalige Chance für Frauen, neue Wege zu sehen und zu gehen. pm



Einzelbetriebliche Förderung ab 10.000 €!

Oder wie der einstige Motor des Strukturwandels die Diversifizierung vorantreibt

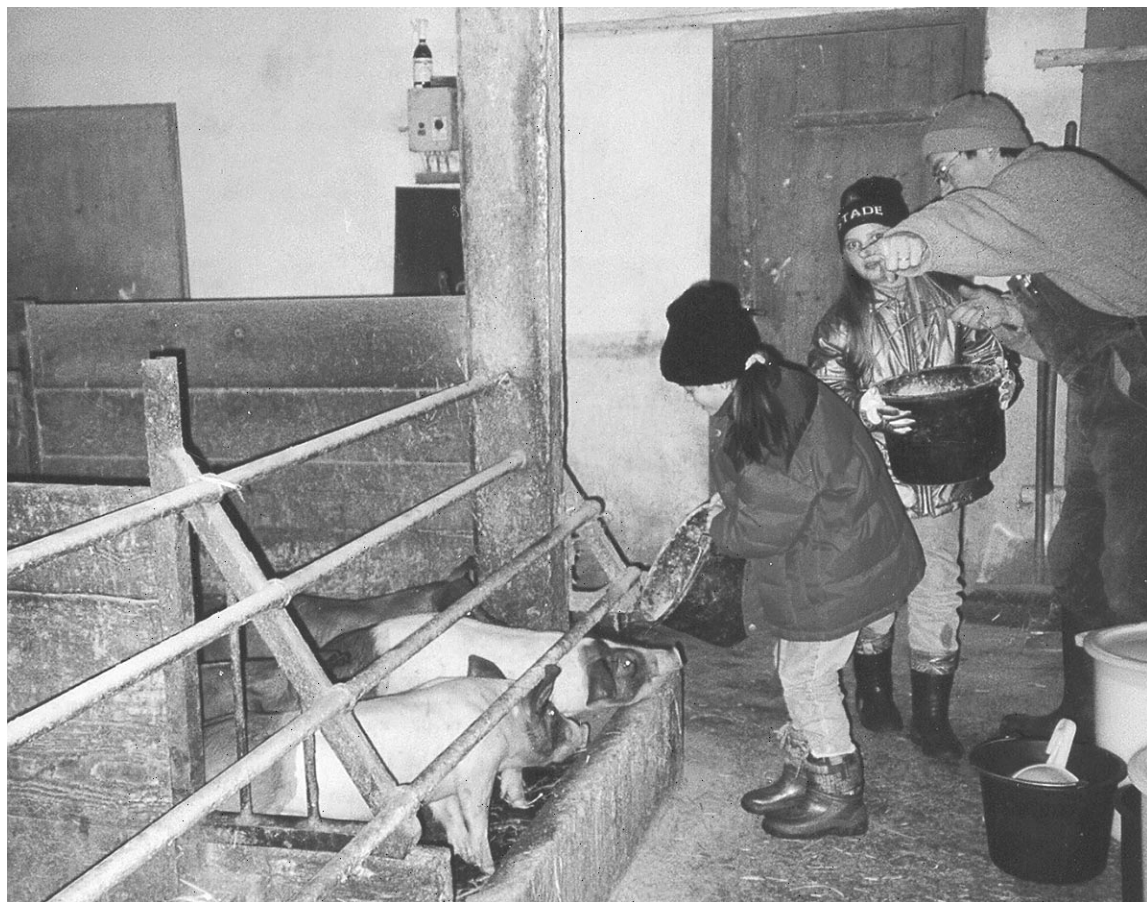
Was lange währt wird endlich gut. So ist auch die Einzelbetriebliche Förderung (AFP), vielen lange Zeit ein Dorn im Auge, zum Hoffungsstrahl für kleine Betriebe geworden, allen voran denen, die klein bleiben wollen. Die Förderung der Diversifizierung ist seit langem fester Bestandteil des AFP. Doch während sie sich früher auf die Förderung der Direktvermarktung beschränkte, wurden unter Funke Investitionen in „Urlaub auf dem Bauernhof“ verstärkt gefördert. Renate Künast brachte schließlich Investi-

tionen zur Energieeinsparung ins Spiel. Das eigentlich Interessante am AFP sind aber die im Dezember letzten Jahres vom Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz (PLANAK) verabschiedeten Fördergrenzen und -bedingungen. Bei den „Kleinen“ Investitionen wurden die Mindestinvestitionen von 50.000 DM auf rund 20.000 DM (10.000 €) gesenkt (Höchstgrenze 100.000 €). Für „Kleine“ Investitionen gibt es eine Zinsverbilligung von bis zu 5 Prozent für max. 10 Jahre. Und alle, die

weniger als 50.000 € in Diversifizierung investieren, dürfen zwischen der beschriebenen Variante und einem Zuschuss von bis zu 35 Prozent des förderfähigen Investitionsvolumens wählen. Bei „Großen“ Investitionen (ab 100.000 €) gibt es auch einen Förderbonus für Diversifizierung.

Einige Bundesländer waren vorgeprescht und hatten solche oder ähnliche Änderungen in ihren AFP's schon vorgenommen. Durch den PLANAK-Beschluss müssen nun auch die Nachzügler unter den Ländern ihre Programme abändern. Trotzdem bleibt das AFP nur eine von vielen Möglichkeiten, alternative Einkommensquellen zu fördern. Zusätzlich bieten die Länder andere Programme zur Diversifizierung an, wie z.B. das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) in Baden-Württemberg, das Diversifizierungsprogramm (zusätzlich zur „Erschließung neuer Einkommensquellen“ im AFP) in NRW, über das auch Personalkosten gefördert werden können, sowie Dorferneuerungsprogramme, die meist bei hohen Baukosten interessant sind.

Alexandra Burmann



Kinder helfen im Stall.

Foto: Berger

Trostpflaster oder Chance für kleine Betriebe?

Die Diversifizierung landwirtschaftlicher Tätigkeiten stößt allseits auf Interesse. Das ist schon recht verwunderlich. Schließlich bedeutet Diversifizierung „hin zu mehr Vielfalt“ und damit genau das Gegenteil der jahrzehntelang gepriesenen Spezialisierung. Es handelt sich hierbei also um einen Umkehrprozess, der vielleicht sogar den immer wieder geforderten Beweis für die von vielen angemahnte Agrarwende liefert. Endlich entsteht die Landwirtschaft der Rolle des Primärproduzenten, des Rohstofflieferanten, wo gnadenlos investiert, rationalisiert, kupiert und subventioniert werden muss, damit die Lebensmittelindustrie billig einkaufen kann. Damit ist jetzt Schluss. Klasse statt Masse, Premium-Qualitäten und regionale Spezialitäten heißt es fortan. Wer das nicht will, vermarktet die schöne Hofstelle und die bäuerliche Kultur: frisch, deftig, gesund, rustikal. In Zeiten, in denen die multifunktionale Rolle der Landwirtschaft herausgestellt werden will, ist es legitim und erwünscht, den Hof, die Gebäude, ja sogar

die ganze Familie zu vermarkten. So begrüßenswert es ist, dass Bauernfamilien mit viel Kreativität und Engagement sich auf ihrem Hof ein neues Standbein schaffen, indem sie Produkte und Dienstleistungen anbieten, für die es sowohl gesellschaftliche Bedürfnisse als auch dringenden Nachholbedarf gibt, so heikel sind doch die unterschiedlichen politischen Ideale, die sich dahinter verbergen. Während die einen in der Förderung der Diversifizierung eine Chance für Kleinbauern sehen, in Zeiten des fortschreitenden Strukturwandels ihren Betrieb zu erhalten, fungiert sie in den Augen anderer nur als Trostpflaster für all diejenigen, die in der Produktion für den Weltmarkt bald keine Rolle mehr spielen sollen. Laut Karl Meise, Präsident der Landwirtschaftskammer Westfalen Lippe, hat sein Haus Einkommensalternativen seit Jahrzehnten unterstützt, „um die Härten des unvermeidlichen landwirtschaftlichen Strukturwandels abzumildern“. Dabei eröffnen Einkommenskombinationen Betrie-

Weitere Informationen:

zu einzelnen Programmen gibt es bei den Landwirtschaftsämtern bzw. -kammern. Die Entwicklungspläne für den Ländlichen Raum sind sehr umfassend und schwer verständlich. Teilweise sind übersichtliche Kurzfassungen erhältlich, z.B. in NRW (s.u.). Am besten in den Länderministerien erfragen unter Tel:

Baden-Württemberg: 0711-126-0
 Bayern: 089-2182-0
 Brandenburg: 0331-8660
 Hessen: 0611-817-0
 Mecklenburg-Vorpommern: 0385-588-0
 Niedersachsen: 0511-120-0
 Nordrhein-Westfalen: 0211-4566-0
 Rheinland-Pfalz: 06131-16-0
 Saarland: 0681-50100
 Sachsen: 0351-5640
 Sachsen-Anhalt: 0391-56701
 Schleswig-Holstein: 0431-988-0
 Thüringen: 0361-37900

Lesetipps:

„Vielfalt vom Hof - Erwerbs- und Einkommenskombinationen in der Landwirtschaft“ erhältlich bei der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Tel: 0251-599-341, 15
 „Das NRW-Programm Ländlicher Raum“ kostenlos erhältlich beim Landwirtschaftsministerium NRW, Tel: 0211-4566-0

ben, die nicht auf Massenproduktion für den Weltmarkt setzen, eine aussichtsreiche Zukunft. Kleine Betriebe haben nur durch eine höhere Wertschöpfung eine Chance zu bestehen, und da ist in der reinen Rohstoffproduktion nichts zu holen. Sicher sind Feriengäste, interessierte Verbraucher und Kindergruppen nicht jedermanns Sache. Aber wem das nicht liegt, kann z.B. in eine Photovoltaikanlage investieren. Allerdings ist die Förderung der Diversifizierung kein spezielles Angebot für kleine Betriebe. Und in Sachen Verarbeitung und Vermarktung von „Bauernhofprodukten“ haben viele größere Betriebe bereits gewaltig investiert. Alexandra Burmann

Sie waren als Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv) Mitglied der 12köpfigen Jury zum Wettbewerb Regionen aktiv. Die Bewerber wollen in ihren Regionen die Agrarwende konkret umsetzen. Wo sehen Sie die Schwerpunkte, die die Bewerberregionen gesetzt haben?

Zu den Schwerpunkten in den Bewerberregionen gehören „Stärkung des ländlichen Raumes“, „Verbraucherorientierung“, „Regionalmarketing mit Schaffung von Regionalmarken“, natur- und umweltverträgliche Landwirtschaft, „Verbraucheraufklärung und regionales Bewusstsein“, „Landtourismus“, „Erhalt von Landschaft und Dorfkultur“.

Gab es unter den vorgeschlagenen Projekten bzw. den in den Regionen gebildeten Bündnissen ganz neue Ansätze? Was hat Sie besonders beeindruckt?

Neue Ansätze gab es in der Qualität der Zusammenarbeit und Partnerschaft auf regionaler Ebene. Es haben sich aufgrund des Wettbewerbs in vielen Regionen Partner an einem Tisch zusammengefunden, die bisher noch nicht zusammengearbeitet haben. So sitzen in fast allen „Gewinner-Regionen“ die Vertreter der konventionellen Landwirtschaft mit den Vertretern des Ökolandbaus an einem Tisch und haben ein gemeinsames Ziel: „Die Region voran zu bringen“. So muß es sein! Auch Stadt-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen in manchen Regionen, die bisher die Entwicklung im Agrarbereich vernachlässigt haben, haben sich erstmals tatkräftig einbinden lassen.

Welche Kriterien waren der Jury besonders wichtig bei der Auswahl der 10 bis 15 Regionen, die nun vom Ministerium gefördert werden?

Es sind nunmehr von der Jury 18 Regionen ausgewählt worden, die zusammen mit einem Finanzvolumen von 35,5 Mio. € in den nächsten vier Jahren ausgestattet werden.

Besonderen Wert haben wir auf eine nachgewiesene und funktionierende Partnerschaft in der Region gelegt, die auch fähig sein muss, Entwicklungen ihrer Region frühzeitig zu erkennen und in dem Projekt mit zu verarbeiten wie z. B. freiwerdende Flächen durch aufgelassene Truppenübungsplätze auf der Schwäbischen Alb. Dazu müssen alle regionalen Akteure eingebunden sein. Ausgefallene, aber realistische Marketingideen sowie die finanzielle Unterstützung durch die betroffenen Länder und Kommunen waren weitere Gesichtspunkte für die Jury ebenso die Machbarkeit und Nachvollziehbarkeit der einzelnen Maßnahmen. Sie müssen nicht nur finanzierbar, sondern

Perspektiven öffnen

Interview mit der engagierten dlv-Präsidentin Erika Lenz zum Wettbewerb „Regionen aktiv“

auch durchführbar sein.

Ferner sollte jedem Projekt und jeder Maßnahme eine Strategie zugrunde liegen, die verschiedene Nutzeffekte hat, wie zum Beispiel Umweltverträglichkeit in Verbindung mit einem besonderen Marketing und gesunder Ernährung, oder sanfter Tourismus in Verbindung mit Verbraucheraufklärung und Marketing.

Wie beurteilen Sie als dlv-Präsidentin die Einbindung von Frauen in die regionalen Bündnisse der Bewerberregionen? Gab es bei den Projekten spezielle Frauenschwerpunkte? Welche Rolle werden die Frauen nun bei der weiteren Umsetzung spielen?

Der Deutsche LandFrauenverband als größter Interessenverband für Frauen im ländlichen Raum mit ca. 550.000 Mitgliedern hat sich an insgesamt 14 Projektanträgen intensiv beteiligt, indem er sich entweder in Partnerschaften eingebracht hat oder diese selber mit initiiert hat. Allein 11 dieser Anträge sind ausgewählt worden. Die Frauen vor Ort sehen in dem Wettbewerb eine Chance, nicht nur die Lebensqualität grundsätzlich im ländlichen Raum zu verbessern, sondern vor allem auch konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, um Erwerbsmöglichkeiten zu erhalten und zu schaffen und die Einkommenssituation der Landwirtschaft zu verbessern. Dazu ist viel Kreativität, Teamegeist, Organisationstalent und nicht zuletzt die Mittel für Anschubfinanzierungen nötig. Der LandFrauenverband sieht sich in den meisten Fällen

als Bindeglied zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern, woraus sich der Schwerpunkt verbraucherorientierte Landwirtschaft ergibt. Das gilt vor allem für die Projekte, die unter den Regions-



Foto: Jasper

typ „Stadt-Land“ fallen. Der sanfte Tourismus, Einkommensalternativen und die Moderation sozialer Aktivitäten im Dorf sind weitere Schwerpunkte für die Landfrauen.

Da Landfrauen in vielen Regionen bereits entsprechende Qualifizierungen gemacht haben, wie z.B. Botschafterinnen heimischer Produkte, Gästeführerinnen oder Anbieterinnen im Bereich LandFrauenservice und Direktvermarktung, ergeben sich daraus vielfach die Aufgaben der Landfrauen in

der Verbraucheraufklärung und Bewußtseinsbildung.

Welche Chancen sehen Sie für die Umsetzung der Agrarwende konkret vor Ort in den Modellregionen? Wo müssten Rahmenbedingungen verbessert werden, um die Regionen bei ihren Bemühungen zu unterstützen?

Die Modellregionen sollen Vorbilder und Ideengeber für eine integrierte ländliche Entwicklung werden und damit die zweite Säule der europäischen Agrarpolitik in Deutschland stärken. Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Regionen, in diesem Sinn aktiv zu werden, müssen vor allem auf Länderebene und in den Kommunen verbessert werden. Es sollten jedoch nicht nur öffentliche Verwaltungen Anreize für eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raumes geben, sondern auch die freie Wirtschaft ist aufgerufen, die ländlichen Räume in ihre strategischen Überlegungen wieder verstärkt einzubeziehen.

33 Regionen haben sich beworben und schon viel Arbeit investiert. In 18 Regionen fließen nun Fördergelder. Was geben Sie als Mitglied der Jury den vielen Akteuren mit auf den Weg, die nicht zu den begünstigten gehören?

Alle 33 Regionen haben für die Erstellung ihres Konzeptes eine Unterstützung von 5.000 € erhalten. Auch wenn sie nicht zu den 18 ausgewählten Modellregionen gehören, haben alle die Chance genutzt und ihre Akteure an einem Tisch gehabt, und sie verfügen nunmehr über eine Konzeption, die ihnen neue Perspektiven für die Zukunft ihrer Region eröffnet. Diese beiden Chancen sollten sie unbedingt nutzen.

Wettbewerb Modellregionen entschieden

Der Jury ist es nicht leicht gefallen, eine Auswahl zu treffen. Das Niveau der Wettbewerbsbeiträge ist bei allen Teilnehmern sehr hoch“, so Ministerin Künast. Für den Wettbewerb „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“ hatten sich 206 Regionen beworben. 33 davon kamen in die zweite Runde und mussten ein ausführliches Entwicklungskonzept erarbeiten. Die Jury entschied sich nun für 18 Regionalkonzepte, 6 aus Ostdeutschland und 12 aus Westdeutschland. Die Gewinner haben drei Jahre Zeit, ihr Konzept umzusetzen und werden dabei begleitet sowie finanziell unterstützt mit insgesamt 35,5 Mio. €.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL und

Mitglied der Jury, hob den breiten Ansatz der regionalen Bündnisse als Träger der Projekte hervor. Es sei gelungen, vor Ort über Parteigrenzen hinweg gesellschaftliche Bündnisse aus Landwirtschaft, Verbraucherverbänden, Tier- und Umweltschutz sowie Handwerk zu bilden. Das sei eine gute Grundlage, um alte Konfrontationen zu überwinden und konstruktiv an einer integrierten Entwicklung in den ländlichen Räumen zu bauen. „Die Projekte verdeutlichen, dass die Menschen vor Ort viel weiter sind mit der Überlegung, was „Agrarwende“ konkret und positiv bedeuten kann, als es manche politischen Kräfte glauben machen wollen“, so Graefe zu Baringdorf weiter.

Die ausgewählten Regionen sind: Barnim Uckermark (Brandenburg), Schwäbische Alb und Hohenlohe (beide Baden-Württemberg), Chiemgau, Inn, Salzach und Schwäbisches Donautal (beide Bayern), Weserland (Bremen), Mecklenburger Seenplatte und Odermündung (beide Mecklenburg-Vorpommern), Wendland / Elbetal und Ostfriesland (beide Niedersachsen), Östliches Ruhrgebiet (Nordrhein-Westfalen), Kreis Bitburg-Prüm (Rheinland-Pfalz), Lübecker Bucht und Region Uthlande (beide Schleswig-Holstein), Saarland (Saarland), Altmark (Sachsen-Anhalt), Sächsische Schweiz /Weißeritz (Sachsen), Landkreis Eichsfeld (Thüringen). *we*

Gegen niedrigere Milchpreise

Die bayerischen Milcherzeugergemeinschaften wollen im Jahr 2002 gleich hohe Milchauszahlungspreise wie im Vorjahr durchsetzen. Es gelte, höhere Verwertungszuschläge (über 5,7 Cent) mit den Molkereien auszuhandeln und den Erzeuger-Orientierungspreis zu halten. Laut top agrar haben die Milcherzeugergemeinschaften mit gut 3 Mio. t Milch über 40% der bayerischen Anlieferungsmenge unter Vertrag und damit eine erhebliche Verhandlungsmacht gegenüber den Molkereien. en

Photonen messen Fleischunterschiede

Ein Forschungsinstitut im holländischen Wenen kann mit Hilfe von Biophotonen biologisch erzeugtes Fleisch von normalem Fleisch unterscheiden. Wie der Online-Nachrichtendienst Agriholland meldet, sendet das Biofleisch messbar mehr solcher Lichtteilchen zurück. Das Phänomen soll jetzt weiter untersucht werden. en

Übermilch verschleudert

In Spanien hält der Streit zwischen Milchbauern und Molkereien um die extrem niedrigen Milchpreise an. Die für die Milchbranche zuständige Marktorganisation INLAC stellte fest, der Milchkonsum in Spanien liege über der spanischen Milchquote. Deshalb vermutet INLAC, dass Handelsdiscounter Druck auf den Milchpreis ausüben und dass Milch, die in Spanien zusätzlich zur Milchquote produziert wird, illegal und unter dem gesetzlichen Milchauszahlungspreis von einigen Großmolkereien und großen Vertriebsketten aufgekauft und verschleudert wird. Die Regierung zeige sich nicht willens und fähig, dies zu unterbinden. en

Sauen-Konzerne

Die illegale Einleitung von Schweinegülle in einen Fluss und das dadurch verursachte Fischsterben kommt den US-Agrarkonzern Cargill-Pork (Missouri) mit 1,5 Mio. Dollar Strafe teuer zu stehen. Der im weltweiten Getreide- und Rohstoffgeschäft führende Multi Cargill betreibt in den USA Anlagen mit insgesamt 115.000 Sauen und ist damit einer der zehn Konzerne, die mit 1,9 Millionen Sauen den Großteil der Schweineproduktion beherrschen. Die meisten Agrarfabriken besitzt die Firma „Smithfield Foods“ (700.000 Sauen), die seit einigen Jahren auch nach Polen expandiert. en

Geflügelkonzern als Schleuser?

Der weltgrößte Geflügelkonzern Tyson Food (USA) ist laut dpa wegen Menschenschuggels angeklagt worden. Laut US-Justizministerium soll Tyson illegal eingewanderte Arbeiter mit gefälschten Dokumenten ausgestattet und so ins Land geschmuggelt haben. en

„Eiskalt“

Der Nestle-Konzern will sein „Glücksklee“-Werk im holsteinischen Neustadt schließen, welches er 1985 im Zuge der Übernahme des Carnation-Konzerns mitgekauft hatte. Die Verlagerung der Produktion ins bayerische „Bärenmarke“-Werk und die Schließung der Kondensmilchfabrik mit 84 Beschäftigten würde eine Kettenreaktion für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft in der ganzen Region auslösen. Betroffen sind auch 120 Milchlieferanten, die für ihre Milch (40 Mio. kg) sonst andere Molkereien suchen müssten. In Frage kämen nur Hansano/Upahl oder Rückert/Wismar. Der Nestle-Konzern, der gerade hohe Gewinne gemeldet hat, wurde von der Gewerkschaft NGG aufgefordert, seine „Verantwortung für die Arbeitsplätze zu übernehmen und nicht allein nach dem Share-Holder-Value-Prinzip zu handeln“. Eine erste Verhandlungsrunde mit Nestle-Managern aus der Frankfurter Konzernzentrale verlief nach Äußerung mehrerer Teilnehmer enttäuschend: „Das war schon eiskalt, eine Lehrstunde einer brutalen Konzernentscheidung.“ en

Jeanne d'Arc

Vor einem Jahr haben Bauern das Kalb „Jeanne d'Arc aus einem BSE-verdächtigen Betrieb entführt und versteckt – aus Protest gegen die BSE-Politik. Nachdem zunächst die Verfolgung aufgenommen worden war, ließen die staatlichen Behörden schließlich das Kalb auf dem Hof der Familie Timm in Nindorf (Kreis Dithmarschen) unbehelligt. Familie Timm hat eine Interessengemeinschaft mit 130 Mitgliedern aufgebaut, die sich um in Schwierigkeiten geratene Landwirte kümmert. Jeanne lebt jetzt, mittlerweile 350 kg schwer, in einer Stallbox mit zwei anderen Rindern. Sie soll – nach einem hoffentlich recht langen und erfolgreichen – Milchkuh-Leben auf dem Timm-Hof ihr Gnadenbrot bekommen. Michaela Timm: „Es interessiert einen ja, wie alt eine Kuh werden kann...“ en

KURZES AM RANDE

Beratungsstelle für artgerechte Tierhaltung gegründet

Obwohl das Land Baden-Württemberg die landwirtschaftliche Beratung finanziell fördert und über 30 Beratungsdienste in verschiedenen Bereichen unterstützt, kam eine Förderung für Neuland nicht zu Stande. Die Begründung: zu wenig Betriebe, kein Bedarf und artgerechte Tierhaltung betreiben sowieso alle Landwirte. So viel in Sachen „Agrarwende“ im Süden.

Doch so schnell geben Neuländer nicht auf. „Unsere Richtlinien reichen nicht aus, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Sie müssen ergänzt werden durch eine hervorragende Produktqualität mit

der dazugehörigen Qualitätssicherung“, meint Matthias Minister, Neulandvermarkter in Süddeutschland. Und weil diese Anforderungen von den Landwirten alleine fast nicht zu schaffen sind, ist eine Beratung unabdingbar. So wurde eine halbe Stelle eingerichtet, die je zur Hälfte von den Landwirten und von der Neulandvermarktung finanziert wird. Seit Dezember 2001 ist Herr Jarno Sammet für Neuland tätig.

Neuland Fleisch Süd hat damit die erste private Beratungsstelle für artgerechte Tierhaltung in Süddeutschland gegründet und wieder einmal Maßstäbe gesetzt. pm

Döring besucht NEULAND-Metzgerei



Im Rahmen einer Stippvisite besuchte der baden-württembergische Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP) verschiedene Handwerksbetriebe in Ulm. Die Metzgerei Hörmann präsentierte sich als gesunder mittelständischer Betrieb des Lebensmittelhandwerks. Anlass des Besuchs war „die innovative Entscheidung“ der Familie Hörmann, sich dem Qualitätsfleischprogramm Neuland anzuschließen. „Wir haben schon immer Vieh aus der Region gekauft“, berichtet Betriebsinhaber Hörmann, „aber mit der BSE-Krise wurde mir klar, dass dies nicht mehr ausreicht. Als Metzger ist mir besonders wichtig, dass die Tiere artgerecht gehalten werden.“

Matthias Minister, Neulandvermarkter in Süddeutschland erläuterte den Besuchern das Konzept der artgerechten Tierhaltung. „Auslauf, Strohaufstallung, keine Anbindung, keine Spaltenböden und enge Vorgaben in der Fütterung sind die zentralen Kriterien des Programms.“ Auf die Frage

von Minister Döring, ob denn nur Besserverdienende dieses Fleisch kaufen können, erklärte Matthias Minister: „Der Kunde muss ca. 1,5 € pro kg mehr bezahlen gegenüber konventionellem Fleisch. Wenn man bedenkt, dass durchschnittlich 60 kg Fleisch und Wurst pro Person und Jahr konsumiert werden, dann belaufen sich die Mehrausgaben auf lediglich 90 € pro Person und Jahr.“

„Wir haben uns natürlich gefreut, dass Kunden, die wegen BSE plötzlich ausgeblieben sind, nach der Umstellung auf Neuland wieder gekommen sind“, ergänzt Frau Hörmann und betont die gute Akzeptanz bei den Kunden.

Die gesamte Belegschaft von 25 Mitarbeitern wurde in die Umstellung einbezogen und mittels Schulung und Hofbesichtigungen mit dem Neulandkonzept vertraut gemacht. Dadurch wurde die Umstellung auch von den Mitarbeitern akzeptiert und mit viel Motivation und Überzeugung umgesetzt. pm

Vom Dornröschenschlaf des Finkenwerder Herbstprinzen

„Veranstaltungs- und Vermarktungsgemeinschaft Historische Obstsorten“ in Hamburg gegründet

Es war einmal..... So fangen die meisten Märchen an. Dies hier ist kein Märchen, denn es ist noch nicht klar, ob die Geschichte gut ausgeht. Aber fangen wir von vorne an. Es war einmal vor langer, langer Zeit.....

.....da lebte auf der Insel Finkenwerder, im Elbstrom bei Hamburg eine Apfelsorte namens 'Finkenwerder Herbstprinz' und die war gar nichts Besonderes. Eine von vielen. Ein regionaltypische Apfelsorte, gut angepasst an das raue norddeutsche Klima. Damals war die Landwirtschaft noch von einer heute märchenhaft erscheinenden Vielfalt bestimmt. Gemeint ist hier die unüberschaubare Zahl angebaute Kulturpflanzenarten und -sorten und gehaltener Nutztierassen. Das war häufig aus der Not geboren. Die Bauern mussten aus der Ernte des einen Jahres Saatgut für das kommende Jahr gewinnen und aus den eigenen Jungtieren geeignete Zuchttiere auswählen. Dabei passten sich Pflanzen und Tiere allmählich an die jeweiligen Standort- und Bewirtschaftungsbedingungen an. Und die waren regional sehr unterschiedlich.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erreichte diese Vielfalt ihren Höhepunkt. Im Laufe der Jahrtausende war nicht nur eine reiche genetische Vielfalt entstanden - eng damit verbunden entwickelten sich auch spezielles Wissen, regionaltypische Bräuche und kulturelle Eigenheiten, wie zum Beispiel lokale Sprachfärbungen.

Keine Zauberei: wie aus Vielfalt Leistung entstand

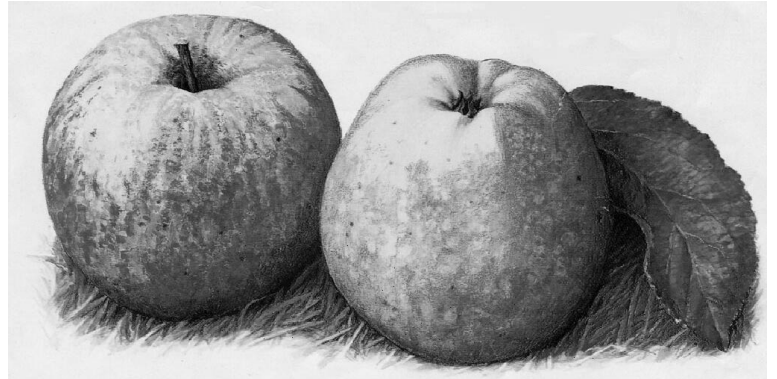
Der Anfang des 20sten Jahrhunderts läutete eine Reihe rascher und grundlegender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen ein. In der Landwirtschaft hielt der „biologisch-technische Fortschritt“ Einzug. Die Summe der unter diesem Begriff zusammengefassten Entwicklungen führte zu einer weitgehenden Nivellierung der Umweltbedingungen für die anzubauenden Pflanzensorten und die zu haltenden Nutztiere. Pflanzen- und Tierzucht, Mineraldüngung, Maschinenentwicklung und Stalltechnik sind nur einige Beispiele dafür. Plötzlich konnten fast überall dieselben Arten und Sorten angebaut werden und wenige Leistungsrassen verbreiteten sich überregional – und verdrängten die bis dahin regionaltypischen Sorten und -rassen.

So geschehen auch in Finkenwerder. Der 'Finkenwerder Herbstprinz' ging, ebenso wie viele seiner „Verwandten“ fast verloren. Im Zuge der Integration des deutschen Obstmarktes in die neu geschaffene EWG blieben nur noch wenige, überregional anbau- und vermarktbar Sorten übrig. Der Herbstprinz gehörte nicht dazu. Vielleicht hatte er Glück, dass er ein Apfel ist. Apfel-

bäume können ziemlich alt werden und einige wenige haben tatsächlich weitgehend unbeachtet Jahrzehnte überdauert. Bis sie „wiederentdeckt“ wurden. Nur einem Arbeitskreis ist es zu verdanken, dass diese alte Apfelsorte mit ihrem besonderen Aroma doch erhalten blieb und sich wieder steigender Beliebtheit erfreut.

Wenn sie nicht (aus)gestorben sind

...dann können sie noch gefunden, erhalten und beschrieben werden. Jede alte Sorte und Rasse kann Eigenschaften aufweisen, die für die Zukunft bedeutsam sind. Beim Herbstprinzen ist die Zukunft bereits Gegenwart geworden. Ermutigt durch die bisherigen guten Erfahrungen mit dieser Sorte gründete sich am 6.2.2002 in Hamburg die „Veranstaltungs- und Vermarktungsgemeinschaft Historische Obstsorten“. Die Initiative hat sich das Ziel gesetzt, weitere früher im Großraum Hamburg bedeutsame Obstsorten wieder bekannt zu machen und hierfür Vermarktungswege zu entwickeln. Neben dem Freilichtmuseum am Kiekeberg, von dem die Initiative zur Gründung ausging, sind eine Baumschule, vier Obsthöfe und zwei Mosereien Gründungsmitglieder. Zu den geplanten Aktivitäten gehört z.B. die Auslobung einer „Obstsorte des Jahres“, die dann auch der Mittelpunkt weiterer Aktionen ist. Das Jahr 2002 ist dem 'Herbstprinzen' und dem 'Celler Dickstiel' gewidmet. Nach einigen Aktionen in der Hamburger Innenstadt für den Herbstprinzen, mal wurden 700 Miniaturbäumchen für den Balkon, mal an einem Tag zwei Tonnen Äpfel verkauft, steigt das Interesse an der alten Sorte. Auf den Geschmack gekommen fragen Kunden den Apfel jetzt bei ihrem Obsthändler auf dem Markt nach. Einige der Markthändler wenden sich an das Museum auf dem Kiekeberg, um Äpfel beziehen zu können. Den Bioland-Obstbauer Hans Pilarczyk aus Finkenwerder, der selbst 2 ha Finkenwerder Äpfel bewirtschaftet, fragen schon mal Kollegen, woher sie denn Bäume beziehen können. „Auch der Öko-Großhandel steht dem Finkenwerder nun positiv gegenüber“, erzählt er. Man will alle in der Region noch vorhandenen Obstanlagen mit historischem Sortenbestand ermitteln und noch erhalten gebliebene Sorten in Hochstammanlagen pflanzen. Auch eine Obstbrennerei soll eingerichtet werden, um aus den alten Schätzchen hochprozentige Spezialitäten herzustellen. Noch in diesem Jahr beginnen die ersten Sortenversuche mit historischen Obstsorten auf schwachwüchsigen Unterlagen, um deren Eignung für den Erwerbsobstbau zu prüfen.



..... dann leben sie noch heute?

Leider sind schon sehr viele Pflanzensorten und Tierrassen für immer verloren. Niemand weiß genau, wie viele und niemand kann die Auswirkungen exakt voraussagen. Auch heute noch geht vermutlich täglich landwirtschaftliche Vielfalt verloren. Der Herbstprinz hat Glück gehabt. Und mit ihm viele andere historische Obstsorten, denn hier gibt es schon eine ganze Reihe Initiativen. Aber was wird aus der landwirtschaftlichen Vielfalt, die noch irgendwo unentdeckt im Dornröschenschlaf liegt? Und wie soll das alles ersetzt werden, was schon verloren ging? Derzeit kommt die Landwirtschaft offenbar weitgehend ohne Vielfalt aus. Aber so soll die Landwirtschaft der Zukunft wohl kaum aussehen. In einer den Kriterien der Zukunftsfähigkeit genügenden Landwirtschaft werden die heute weitgehend „maskierten“ Standortunterschiede wieder deutlicher hervortreten. Verbunden mit regionalen Vertriebsstrukturen wird in der Landwirtschaft die Rassen- und Sortenvielfalt wieder zu einem unverzichtbaren Produktionsmittel werden. Der Weg dahin ist noch weit. Aber jeder noch so kleine Schritt ist ein Stück des Weges. Die Vielfalt von gestern wird benötigt, um die Vielfalt von morgen zu entwickeln. Dazu braucht sie Raum. Darum muss die Vielfalt wieder auf die Höfe und

■ Äpfel gegen Asthma

Britische Universitäten haben anhand von 1500 Testpersonen herausgefunden, dass der wöchentliche Verzehr von zwei Äpfeln das Risiko einer Asthma-Erkrankung um fast ein Drittel senkt. en



Wir bringen Äpfel ins Rollen

in die Gärten, in die Regale und auf die Teller. Und sie braucht Zeit. Deshalb müssen wir heute anfangen. Im „Spiel der Evolution“ werden die Würfel immer wieder neu geworfen, und dafür muß wieder Raum und Zeit geschaffen werden. Der Weg dahin ist noch weit. Aber jeder noch so kleine Schritt ist ein Stück des Weges.

Anja Oetmann-Mennen

Leserbriefe

Zum Schächten noch einmal

In meinem für die Bauernstimme Nr. 1242 geschriebenen Text „Isi darf nun schächten“ ging es mir nicht darum, eine generelle, umfassende Aussage zum Thema „Schächten“ zu treffen. Vielmehr wollte ich meinen Zugang zum Thema darstellen, und in diesem Zusammenhang sind die Beobachtungen, die ich machte, als ich einmal beim Schächten dabei war, für mich bedeutsam.

Ich stand dabei, als meine Kuh geschächtet wurde, und ich weiß auch, dass sie dabei litt. Aber die Zeit des Leidens war sehr kurz. – Kein Aufbäumen, kein verzweifelter Versuch aufzustehen, kein minutenlanges Röcheln, nichts von alledem, was man in vielen Publikationen zum Thema lesen kann. Sie starb sehr schnell.

Unabhängig davon, ob ein Tier vor der Schlachtung betäubt wird oder nicht, halte ich es für eine Illusion, dass man Tiere schlachten kann, ohne dass diese dabei leiden. Und für mich gehört zur Schlachtung auch der Transport zur Schlachtstätte und die Atmosphäre dort. Zur Zeit gibt es auf meinem Hof in der Regel zwei Wege zum Schlachter. Entweder ich lade eine Kuh auf meinen Tieren bekannten Viehhänger, fahre zehn Minuten ins Nachbardorf, führe sie ins Schlachthaus, in welchem sie von einem erfahrenen Schlachter in

vergleichsweise ruhiger Atmosphäre geschächtet wird, oder ich verkaufe meist mehrere Tiere an einen Viehhändler, der diese dann gemeinsam mit weiteren fremden Tieren in die 100 bis 150 km entfernten Schlachthöfe nach Husum oder Niebüll fährt, wo sie nach stundenlanger Fahrt von weiteren unbekannt Personen mit weiteren unbekannt Tieren unter erheblichem Stress in keineswegs ruhiger Atmosphäre dem Schlachtband zugetrieben werden, um dann vor der Schlachtung ordnungsgemäß betäubt zu werden. Für mich besteht kein Zweifel daran, welche Alternative hier die tierfreundliche oder weniger tierfeindliche ist.

Ich muss aber deutlich feststellen, dass ich mir die Methode des Schächten in größerem Rahmen überhaupt nicht vorstellen kann. Ich glaube nicht, dass das Schächten im industrialisierten Rahmen eines größeren Schlachthofs funktionieren kann. Für mich gehört diese Schlachtmethode ausschließlich und zwingend in den kleinen Rahmen einer Dorfschlachtere.

Den Spruch des Bundesverfassungsgerichts halte ich nach wie vor für weise; denn er holt das Schächten aus der Illegalität in die Öffentlichkeit und somit unter die Kontrolle des Gesetzgebers. Schächten würden die Muslime ihre Tiere so oder so, da können noch so viele meist westliche Religionswissenschaftler noch so oft schreiben, dass der Koran das nicht zwingend vorsieht. Nun müssen die Schlachter einen Sachkundenachweis erbringen, um die Erlaubnis zur Schächtung zu bekommen, und dieser ist nach meiner Einschätzung die wichtigste Grundlage dafür, dass das Leiden der Tiere so kurz ist, wie ich es erlebte.

Kurz gesagt: ich halte die Frage des

Schächten zwar für wichtig, nicht aber für das riesengroße Tierschutzthema, zu dem es in vielen Fachpublikationen und noch mehr Leserbriefen hochstilisiert wird. Und wo der Tierschutzaspekt mancherorts mit einem mehr oder minder latenten Anti-Islamismus einhergeht, der infolge der Schächterlaubnis den baldigen Untergang des Abendlandes voraussagt, da bin ich einfach sprachlos vor Erstaunen über so viel kulturelle, politische und vor allem menschliche Ignoranz. Wo Tierliebe sich stellenweise in Menschenhass verkehrt, kann etwas nicht richtig sein.

Matthias Stührwoldt,
Stolpe



Viel Beachtung zieht seit Wochen das Schächten auf sich. Verbraucher und Verbraucherinnen interessieren sich plötzlich für die Methoden der Schlachtung und Zerlegung von Tieren. Foto: Jasper

Zu: Isi darf nun schächten

Isi durfte in der Vergangenheit nicht schächten, darf es auch jetzt noch nicht und wird es hoffentlich auch in Zukunft nicht dürfen. Das Betäubungsgebot gemäß § 4,1 Tierschutzgesetz hat er auch weiterhin einzuhalten, da er noch nicht im Besitz einer Ausnahme genehmigung nach § 4a (2) 2 ist. Er hat nämlich zunächst einen entsprechenden Antrag bei der zuständigen (Veterinär-) Behörde zu stellen und abzuwarten, ob die von ihm vorgetragenen Gründe, die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllen. Gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat er nämlich u. a. nachzuweisen, dass er selbst aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer entsprechenden muslimischen Religionsgemeinschaft gezwungen ist, die Tötung durch Schächten vorzunehmen und mit dem Fleisch bzw. Fleisch-

waren auch nur entsprechend religiös gebunden Kunden beliefert. Hier wird er zweifelsohne in arge Beweisnot kommen. Ferner muss ein Antragsteller seine Sachkunde und seine persönliche Eignung prüfen lassen. An letzterer müsste sein Antrag eigentlich scheitern, denn er kann ja nicht wider besseres Wissen behaupten, bisher nicht geschächtet zu haben (s. Zeugnis des M. Stührwoldt).

Einen gravierenden Hinderungsgrund stellt aber die Auflage dar, Fleisch von geschächteten Tieren nur an diejenigen Kunden abzugeben, die ihrerseits eine zwingende Vorschrift ihrer Religionsgemeinschaft nachweisen können. Er müsste sich zunächst bei seinen Stammkunden entsprechend zuverlässig rückversichern (...). Von neuen Kunden müsste er sich zunächst eine entsprechende Bescheinigung vorlegen lassen. Wahrscheinlich müsste er

zweierlei Fleisch und Fleischwaren anbieten, um auch Kunden bedienen zu können, die keinen entsprechenden Nachweis vorlegen können. Fürwahr, die Verfassungsrichter müssen Trauertänzer ohne jede lebenspraktische Erfahrung sein oder „Schlitzohren“, die sich trickreich des „Schwarzen Peters“ entledigten, indem sie die Verantwortung kleinen Bediensteten der Genehmigungsbehörden zuschoben!

Völlig unverständlich, ja geradezu ein Anachronismus ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts angesichts der Tatsache, dass aufgrund der Initiative von „Animal Life“ (Österreich) im Libanon schon seit Jahren

zahlreiche für die blutlose Betäubung eingerichtete Bolzenschussgeräte eines deutschen Herstellers im Einsatz sind und neuerdings durch „Animal Life“ (Schweiz) selbst in die Türkei eingeführt werden.

(...) Übrigens ich bin bekennender Fleischesser. Allerdings will ich, dass den Tieren, auf deren Kosten ich mich ernähre, ein gutes Leben gewährt wird und sie ohne vermeidbare Leiden getötet werden. Das ist das Mindeste, was wir unseren Mitgeschöpfen schuldig sind.

Eckard Wendt,
Arbeitsgemeinschaft
für artgerechte Nutztierhaltung

Die veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

ABL AK Ortenau zur 90 Bullengrenze

Die ABL hat nichts erreicht!!!
Als wir unsere Vorschläge und Berechnungen in der Bauernstimme 6/2001 veröffentlichten, gab es nur Empörung und Protest, gegen diese unerhörten, agrarindustriellen Tendenzen, die sich da in der ABL breit machen.

Wo bleibt da der bäuerliche Familienbetrieb, den wir alle so gerne erhalten wollen, schon seit mehr als 20 Jahren kämpfen die fundamentalistischen Hardliner dafür. Für die (Schein) Idylle auf dem Land!!!

Für eine Idylle, die es nie gegeben hat, für kleine Betriebe, die schon vor 20 Jahren für immer ihre Türen geschlossen haben. Einige wollen es auch heute noch immer nicht wahr haben, dass auch selbst innerhalb der ABL ein ungemeiner Strukturwandel stattgefunden hat und stattfindet. Die Betriebe, die die Abl ursprünglich einmal vertreten wollte, sind längst nicht mehr da.

Wir müssen uns, zwangsläufig, mit den gegenwärtigen Betriebsgrößen auseinandersetzen, und auch, wenn's manchmal schwer fällt, die betriebswirtschaftliche Seite hinterfragen, wenn wir z. B. über Obergrenzen reden wollen.

Es ist kein Geheimnis, dass ein Betrieb der jährlich nur 90 Bullen, mit eigener Futter-

grundlage, erzeugt und keine weiteren Betriebszweige hat, längst nicht mehr existieren kann.

Wir haben die Kalkulationen sehr detailliert vorgelegt, auf Grund von in den alten Bundesländern hauptsächlich vorkommender Betriebsgrößen, ausschließlicher Rindermastbetriebe. Wir haben Obergrenzen für die Anzahl der Prämien/Jahr vorgeschlagen, degressiv auslaufend. Natürlich ist uns klar, dass die Rindermast ein hochsubventionierter Betriebszweig ist, und hier müssen wir uns fragen:

Warum muss die Rinderhaltung in Europa und vor allem in der BRD so hoch subventioniert werden?

Warum ist der Weltmarktpreis so niedrig?

Warum ist der Weltmarktpreis für Europa überhaupt Maßstab?

Die Rinderhaltung war jahrhundertlang eine der wichtigsten Ernährungsgrundlagen der europäischen Bevölkerung und eines der wichtigsten Fundamente der Landwirtschaft.

Schade, dass sich die Verfechter dieser, ursprünglich völlig aus der Luft gegriffenen, 90 Bullen Grenze, nicht rechtzeitig und realistisch mit der Materie auseinandergesetzt haben. Sie hätten einfach nur mit Zahlen aus

der Praxis rechnen müssen!!!

Denn durch den jetzigen Beschluss, gibt es nach oben keine Grenzen, und es wird den gefürchteten ostdeutschen Großbetrieben, mit mehreren tausend Prämien/Jahr, Tür und Tor geöffnet. Hierfür ist die Abl mitverantwortlich.

Wolfgang Groth,
Klaus Elble,
Martin Reitter



Raus aus dem DBV? Raus aus der Abl?

Die beiden Leserbriefe in der Februar Ausgabe von Stührwoldt und Gothe/Lück zu Austrittsgedanken und Austrittstun waren schon erhellend!

Die Erwägungen, die Bauer Stührwoldt angestellt hat, blieben durch die Qualitäten seines Lokal-Bauernvertreter und Beraters vorerst in der Schwebe. So gut kann eine Arbeitsbekanntschaft sein, dass man sie höher wertet als eine unpersönliche Organisationsmasse. Die Andersfarbigen im Bauernverband sind dessen Salz in der Suppe. Die Erwägungen aber, die das Paar Gothe/Lück angestellt haben sind gänzlich ohne diese Rettungsring versunken: In der Absage an die Abl!

Ich wohne als Städter und atme nur am

Stadtrand etwas Landluft, Große Sehnsucht Nummer Sieben. Die Parteien im Bundestag wollen im September ihre Wählerentscheidungen haben: Immerhin ist es uns klar, dass nur organisierter Austritt oder kollektive Abwendung von einer Partei hin zu einer anderen den gewünschten Erfolg haben kann. Alles andere – Individuelle – ist eben geschmacklerisch und bleibt, weil mit unzureichenden Argument belegt, ein Einzelereignis.

Ich möchte daher dem Paar Gothe/Lück den Wunsch mitgeben:

„Dann findet Euer Glück bei ATTAC, einem führenden Helmspezialisten in Deutschland. Oder meint ihr etwas anderes?“

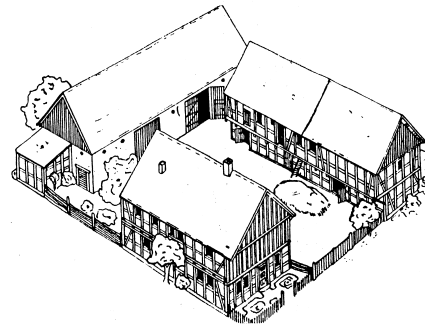
Angela Schreiber, 53115 Bonn

Bäuerin mit Stadtkontakt

Einmal die Woche stehe ich auf einem kleinen Ökomarkt in Berlin-Kreuzberg und darf dort Stadtluft schnuppern. Es ist ein sehr angenehmer Markt mit netten Marktleuten und einem vielfältigen Angebot. Die einzigen Nachteile: zum einen musste ich lernen, die KundInnen zu „Duzen“, was mir immer noch furchtbar schwerfällt. Aber das „Sie“ kommt hier einer Beleidigung gleich, und so versuche ich zumindest die jüngeren Generationen nicht zu verärgern. Zum anderen ist da das Wetter. Freitags ist es grundsätzlich stürmisch mit Schnee- und Graupelschauern. Einmal hat es mir schon den ganzen Stand umgefegt, jetzt stelle ich meist auf Durchzug, alle Planen hochgerollt. Lieber ein bisschen Zugluft, als wieder die Kartoffelsorten auseinanderzusortieren und das Ei-Glibber von den Äpfeln zu wischen...

Aber der Verkauf hier macht Spaß. Es wird selten über den Preis gemeckert, viel nachgefragt und Interesse für den Anbau und unser Hofprojekt gezeigt. Manchmal sind die KundInnen so-

gar verständnisvoller als ich, denn momentan kaufen wir fast die gesamte Gemüsepalette zu. Obwohl wir uns auf europäische Produkte beschränken, ist das Angebot breit: ganzjährig Tomaten, Paprika, Broccoli, Mangold. – Saisongemüse? – Ja, da hätten wir Lauch, Pastinaken, Rote Bete... – Ach,



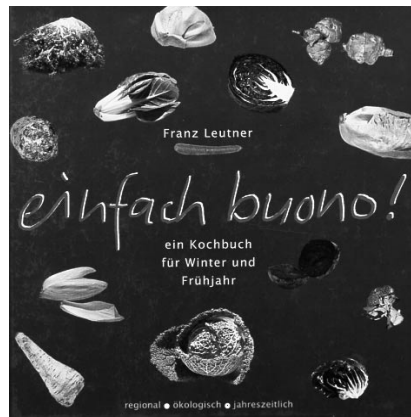
... aus Brandenburg

dann gib mir doch lieber drei Zuccinis und einen Salat. Der Wille ist da... Anders als die meisten KundInnen, die zufrieden sind, wenn ich versichere, dass das gesamte Gemüse garantiert ökologisch erzeugt wurde, würde es mich sehr interessieren, was für Betriebe das in Spanien, Italien oder Frankreich sind. Vor meinem inneren Auge sehe ich riesige Folientunnel, Unmengen an Energie und Wasser, die benötigt werden und Arbeitsbedingungen für die LandarbeiterInnen, bei denen es mir kalt den Rücken runterläuft. Am Besten wäre es natürlich, hinzufahren, sich ein paar Betriebe anzuschauen und sich selbst ein Bild zu machen. Wahrscheinlich haben die ganz ähnliche Probleme wie wir.

Aber zurück zu den KundInnen. Die schwierigsten Gespräche gibt es mit den „Land-RomantikerInnen“. Das sind meist recht teuer angezogene Menschen, die vorbeikommen und bemerken: „Ach, ich beneide dich ja so, draußen in der Natur zu arbeiten, all das gute Gemüse zu ernten und die Tiere zu versorgen, das muss doch ein wunderbares Leben sein!“ „Na ja,“ versuche ich meist zu relativieren, „schön ist es natürlich, aber oft auch anstrengend...“ Ausreden kann ich selten, denn nun folgt meist eine Abhandlung, wie gestresst die Leute in der Stadt seien, und wie gut es mir dagegen doch ginge! Tja, je nach Stimmung bestärke ich das Bild von der Bauernhofidylle mit glücklichen Menschen, fröhlichen Kühen und grinsenden Kartoffeln, oder aber ich falle in die Rolle der jammernden Bäuerin, die nie genug kriegen kann (Schlaf, Geld, Urlaub, Fläche...). Beides ist natürlich blöd, falsch und unbefriedigend, aber für eine differenzierte Sichtweise fehlt die Zeit. Aber, wie schon gesagt, die meisten KäuferInnen sind wirklich sehr nett, geduldig und wirklich interessiert. Und deshalb freue ich mich trotz Sturm und Regen jede Woche auf meinen Markttag in der großen Stadt. Und abends freue ich mich dann wieder auf mein kleines Häuschen, den bollernden Ofen und das ruhige, idyllische Landleben.

Einfach buono!

Das Angebot an Kochbüchern ist riesig. Bestechend an dem Gemüsekochbuch für Winter und Frühjahr von Franz Leutner vom bayerischen TagWerk ist das Schlichte. Einfache Rezepte, wenige Zutaten, ohne viel Aufwand zu kochen, aber voller Liebe zum Kochen und zu den Zutaten. Bayerische Küche kombiniert mit Erfahrungen aus der Vollwertkost gewürzt mit einer starken italienischen Priesse. Garniert sind die Rezepte mit Anekdoten und Hintergründen über die Gemüse.



Die Idee regionale, ökologisch und jahreszeitlich orientierte Zutaten zu verwenden wird in dem Kochbuch lecker präsentiert. *Einfach buono! Franz Leutner, Dorfen 2001, 190 S., 15,29 €*

Pressetaschenbuch Ernährung

Eine nützliche Standardhilfe für alle, die agrarpolitisch oder beruflich mit Journalisten, Medien, Unternehmen und Institutionen im Agrar- und Ernährungsbereich zu tun haben. Allein von 600 Fachjournalisten, 650 Fach- und Allgemeinzeitungen, 1.000 Unternehmen und allen Organisationen und Behörden findet man Adressangaben mit Ressortleitern und Ansprechpartnern. *en Presse-Taschenbuch Ernährung 10 (2002/2003), 464 S., 29,- €, Kroll-Verlag, 82224 Seefeld/Obb.*

Die vielen Gesichter der ländlichen Armut

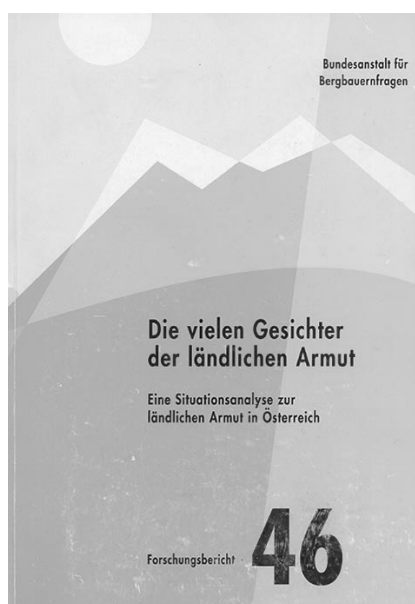
Verschwiegen und verdrängt – wer spricht offen über Armut? Über die eigene, die der Nachbarn oder der Familie aus dem Nachbardorf? Georg Wiesinger zeigt in seinem Forschungsbericht auf, dass Arme auf dem Land in Österreich mit anderen Problemen kämpfen als in städtischen Gebieten: Weniger Angebote an Kinderbetreuung macht Erwerbsarbeit für Frauen schwierig, ohne eigenes Auto kaum Möglichkeiten sich fortzubewegen und die weit verbreitete Meinung, dass Armut selbst verschuldet sei, jeder mit seinen Problemen selbst fertig werden müsse. Das schmälert den Vorteil der engeren Kontakte und der häufig noch selbstverständlichen Nachbarschaftshilfe. Eine Bäuerin weist darauf hin wie sich die Hilfe verändert hat: „Die Nachbarschaftshilfe war immer auf Gegenseitigkeit aufgebaut.

Wenn ich aber jetzt eine Landwirtschaft habe und ein anderer nicht mehr, dann ist das eine einseitige Sache. Da geht es mir auch nicht gut dabei, wenn ich ständig zu wem sagen muss, hilf mir bitte und ich aber nie sagen kann, wenn du mich brauchst, helfe ich dir auch, weil der weiß, die hat eh keine Zeit, wenn ich mal was hätte.“

Armut wird in dem Buch weit gefasst. Nicht nur ein Einkommen, das unter dem Landesdurchschnitt liegt macht arm, auch die Abgeschnittenheit von Kontakten zu anderen Menschen, weil die Strecke zum Besuch nicht zurückgelegt werden kann oder weil das Geld für den Schulausflug der Kinder fehlt macht arm. Wiesinger berücksichtigt neben Haushaltseinkommen, die Wohnsituation, die sozialen Kontakte, Gesundheitswahrnehmung und Versicherungssituation sowie den Umgang mit Problemen bei seinen Analysen der Armut. In der meist kleinstrukturierten Landwirtschaft in Österreich sind ein Drittel der Bäuerinnen und Bauern von Armut bedroht. Anhand vieler Zitate und lesenwerter Hintergrundinformationen zur ländlichen Armut regt die Analyse zum Nachdenken an.

ms

Bundesanstalt für Bergbauernfragen: Die vielen Gesichter der ländlichen Armut. Forschungsbericht Nr. 46, 2000, 262 S., 8,72 € plus Versandkostenpauschale, zu beziehen bei Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Möllwaldplatz 5, A-1040 Wien; Fax: 0043-1504886939



„Zulieferer-Rolle in der Wertschöpfungskette“

DLG-Tagungsband zu Bündnissen erschienen

Die DLG-Tagung „Die Zukunft heißt Verbund – Gemeinsame Konzepte der Land- und Ernährungswirtschaft“ wird jetzt in einem Buch dokumentiert. DLG-Präsident von dem Bussche gesteht zunächst angesichts von BSE- und MKS-Krise eine jahrelange Produktions-„Fehlsteuerung“ der Landwirtschaft ein: Man wolle auf die Forderung der Verbraucher nach Qualität, Sicherheit, Transparenz sowie tier- und umweltgerechten Herstellungsverfahren eingehen. Diese Absicht reduziert er aber schon eine Seite später auf ein reines Vermittlungsproblem gegenüber den „durch Desinformation“ technologiefeindlichen Verbrauchern – weil es auch bisher eigentlich keine Qualitäts- und Sicherheitsprobleme gegeben habe.

Stärkere Bindung gefordert

Von Bussches Forderung nach einer geschlossenen „Verbundwirtschaft“ ist denn auch weniger auf die Verbindung von Landwirtschaft und Verbrauchern gerichtet. Im Mittelpunkt steht die schon seit langem propagierte und nunmehr zu verstärkende Vertrags-Bindung der Landwirtschaft mit dem Vorleistungsbereich (Futtermittel, Düngemittel- und Pflanzenschutzmittel-Hersteller) und dem nachgelagerten Bereich (Schlachtereien, Landhandels-Genossenschaften etc.). Die aktuelle Notwendigkeit zu Qualitätssicherungs- und Kontrollsystemen vom Stall zur Ladentheke wird genutzt, um alte agrarindustrielle Ziele neu aufzuwärmen: Wer sich „insgeheim die Abkehr von industriellen Produktionsformen in Richtung Agrarmuseum“ erhoffe, so von dem Bussche, werde sich wundern. Durchgängige Dokumentation und Herkunftssicherung seien nur in großen Einheiten denkbar. Die „Agrarwende“ werde also „zu industriellen Standards führen.“

Falsche Idylle

Weg will der DLG-Präsident von einer „falsch verstandenen bäuerlichen Idylle“, die er flugs gleichsetzt mit „Museumshöfen“, Umweltbelastung, wenig artgerechter Haltung und unwissenschaftlichem Streben nach geschlossenen Kreisläufen. Hin will er zu einer „technisch bestimmten“ Landwirtschaft, die von „modernen Haltungsmethoden“ (?), Melkrobotern, (gentechisch?)resistenten Sorten und satellitengesteuertem Präzisionsackerbau geprägt und bei der die Betriebsgröße gleichgültig ist.

Besonders von den Bauern im Verbund erwartet er eine image-verbessernde Rolle für die ins Zwielicht geratene Agrarindu-

strie: „So sollten wir Landwirte unsere Rolle als Zulieferer in der Wertschöpfungskette von der Zucht über die Landtechnik, die Düngung, die Fütterung und den Pflanzenschutz aktiv kommunizieren“ – denn gerade die Landwirtschaft biete dem Verbraucher gegenüber „Bilder und Botschaften von besonderer Emotionalität“.

Eine einseitige Ausrichtung auf Großbetriebe im Verbund zeigt die Auswahl der „Beispielsbetriebe“: Gut Dalwitz (als Vertreter der „größeren Betriebe mit im Schnitt mehr als 400 ha“) im Rahmen des Biopark-Verbunds mit Großabnehmern. Drei Betriebe des an die Nordfleisch-Premium-Fleisch AG gebundenen Bauernsiegel-Vorsitzenden Ehlen mit 5000 Schweinemastplätzen und 33.000 Legehennen im Verbund mit seinem Ferkellieferanten mit 500 Sauen. Zwei Betriebe von Dr. Rimpau (Einbeck und Sachsen-Anhalt) mit 315 bzw. 1600 ha und einer Aalfarm. Prof. Kuhlmann fordert „zukunftsfähige Betriebe“, die nicht dem „wiederbelebten Bild von den vielseitigen bäuerlichen Familienbetrieben“ entsprechen, sondern die dem „Imperativ von Wachsen oder Weichen“ zu folgen hätten.

Warnung vor Subsistenz

Lobende Worte Bussches (übrigens einziger Vertreter der Landwirtschaft im Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung) für eine „Nachhaltigkeit durch sinkende Stückkosten und globale Wettbewerbsfähigkeit“. Warnungen vor einer „falsch verstandenen Nachhaltigkeit“, wonach „ein regional-ökologischer Ansatz gleichbedeutend mit einer nachhaltigen Entwicklung“ sei. Bizarr seine Warnung davor, „um unsere Millionenstädte einen Ring von Schrebergärten zur Subsistenzlandwirtschaft“ anzulegen, wo jeder Konsument die Milch mit dem Auto vom Bauern hole.

Interessantere Analysen: zum Nachhaltigkeits-Nachholbedarf in verschiedenen Agrarbereichen, zu Regionalvermarktungs-Chancen, zum Öko-Markt (Prof. Hamm, Dr. Breloh) und zu Vergleichszahlen aus Umstellungsbetrieben (Prof. Heißenhuber u.a.). Was fehlt: eine Strategie für einen wirklich verbraucher- und qualitätsorientierten Verbund, in dem die Interessen der Bauern nach Honorierung, Durchschaubarkeit und Einflussnahme eine Rolle spielen.

Landwirtschaft in der Ernährungswirtschaft, DLG-Verlag, 2002, 222 S., 21,- €.

Wie viel Bio wollen die Deutschen?

Antwort auf diese Frage gibt eine aktuelle und sehr detaillierte Studie von ZMP und CMA. Sie hat nämlich nicht nur Meinungen und Absichtserklärungen gesammelt, sondern gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit dafür ermittelt, dass die Befragten diese Einstellungen auch in Verhalten (Kauf) umsetzen. Die Ergebnisse: Bei Deutschen haben Umweltschutz, Tierschutz und Ökoprodukte eine deutliche Sympathie. Die höchste Relevanz beim Kauf von Ökoprodukten hat aber der Aspekt des Genusses (natürlicher und guter Geschmack wird Bioprodukten schon jetzt zugeschrieben). Erst danach folgen Gesundheitsaspekte und Umweltorientierung.

Die KaufentscheiderInnen in den Haushalten informieren sich im Bekanntenkreis und orientieren sich an diesem – und der denkt ein bisschen konventioneller, so glauben sie. Man kann also durch „Öko“ sein Image nicht verbessern – ein entscheidendes Hemmnis für den Kauf! Dass die eigene Familie ganz bestimmt ökologisch kaufen wolle, insbesondere die eigenen Kinder, das treibt die Deutschen insgesamt nicht zum Ökokauf.

Ein weiteres Hemmnis: Die meisten Deutschen wollen in Zukunft mehr Öko kaufen, glauben aber irrtümlicherweise, sie würden dies bereits jetzt schon tun (z.T. Verwechslung mit konventionellen Freiland-Eiern und Wochenmarktkäufen). Ein Grund dafür, dass sich die positive Öko-Stimmung bislang noch nicht in

Marktanteilen geprüfter Bio-Produkte umgesetzt hat. Das Vertrauen in herkömmliche Produkte liegt ohnehin relativ hoch. Zudem bestehen Informationsdefizite und Vertrauensprobleme, selbst in geprüfte Produkte. Beim Preis eines Bioprodukts sind nur die Besserverdienenden toleranter, ein Aufschlag von lediglich 20% könnte jedoch Kaufschleusen öffnen.

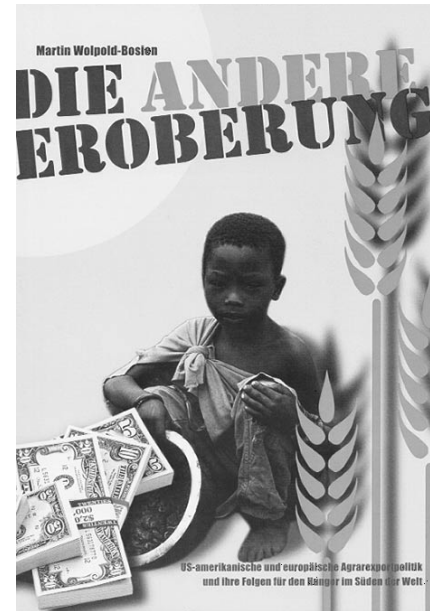
Bleibt alles wie bisher, ohne BSE-Krisen, wird sich der Marktanteil für Bioprodukte jährlich um 15 % steigern und somit in 10 Jahren bei 8 Prozent liegen. Etwa die Hälfte der Befragten glaubt aber an das Ziel von 20 Prozent Öko. Dem neuen Biosiegel wird von Verbraucherseite ein Vertrauensvorschuss gegeben, es kann Verwechslungen mit Nicht-Öko-Produkten verringern. Sein Erfolg wird davon abhängen, dass die Vermarktung verbessert wird und dass durch emotionale Anstöße in weiten Kreisen Bioprodukte als cool, schick, modern und statusfördernd angesehen werden.

In welchen Bereichen wünschen sich die Verbraucher am ehesten Ökoprodukte? Bei aktuell diskutierten Produkten und solchen, die oft verzehrt werden (Eier, Geflügel, Obst, Gemüse, Milch, Schweine- und Rindfleisch). Am wenigsten bei Produkten, die ohnehin als wenig schadstoffbelastet gelten, und bei Produkten, die ohnehin als nicht gesundheitsdienlich gelten (Alkohol, Süßigkeiten). *en*

Wieviel Bio wollen die Deutschen? Februar 2002, 45 Seiten mit Übersichten, 62 € zzgl. 7 % MWSt, ZMP/Vertrieb, Postfach 2569, 53015 Bonn

Die andere Eroberung

Das Buch behandelt die us-amerikanische und europäische Agrarexportpolitik und ihre Folgen für den Hunger im Süden der Welt.



Eine erschreckende Bilanz: Mit der Subventionierung ihrer Agrarexporte schädigen die EU und die USA dauerhaft die Ernährungssicherheit von Millionen Menschen und ganzen Ländern und fördern den Hunger in der Welt. Wie funktionieren und wirken die Agrarexportpolitiken der zwei Agrargiganten? Wie die internationale Agrarhandelsordnung und die internationale Ordnung für Nahrungsmittelhilfe?

Martin Wolpold-Bosien vermittelt Grundlageninformationen und wesentliche Argumente für die Agrarverhandlungen in der 1999 beginnende WTO-Runde: Das Menschenrecht auf Nahrung

und Ernährungssicherheit darf nicht dem Freihandelsdogma geopfert werden.

Martin Wolpold-Bosien: Die andere Eroberung. ABL-Bauernblatt-Verlag, 1999, 232 S., 13,- €

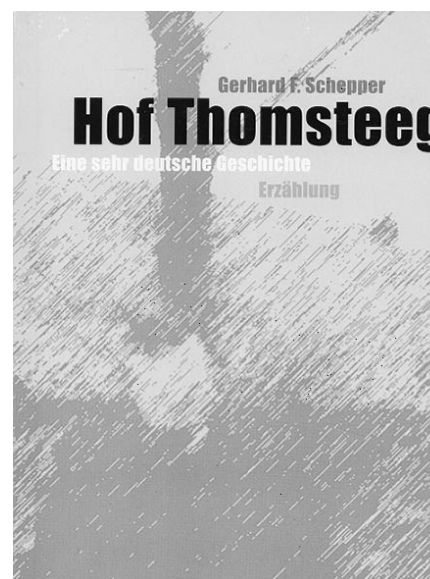
Hof Thomsteeg

Erzählung von Gerhard Schepper

Die „Elbe-Jetzel-Zeitung“ schreibt:

„Packend und mitreißend erzählt Schepper das Schicksal der Bauernfamilie Thomsteeg in der Wesermarsch, die ihren Hof in nur drei Generationen von einer Fischerhütte am Wasser zum besten Betrieb des Dorfes hinterm Deich aufbaut.

Da gibt es den Altbauern, der in zwei Kriegen die graue Leutnantsuniform getragen hat und sich weigert, mit den geschneigelten Braunhemden der Umgebung gemeinsame Sache zu machen; der sich laut und deutlich gegen die Führerschaft der NSDAP in den landwirtschaftlichen Organisationen ausspricht und der als einziger im Dorf die enteigneten und neu verteilten Flächen eines jüdischen



Gutsbesitzern nicht annimmt. Der Hof brennt ab, womöglich Brandstiftung. ...“

Bei den bisher durchgeführten Lesungen mit dem Autor Gerhard Schepper haben die Buchkapitel über diese Zeit jedesmal Erinnerungen wach gerufen und Diskussion ausgelöst. Die Erlebnisse „von damals“ scheinen noch lange nicht verarbeitet und vergessen zu sein.

Doch die Erzählung geht weiter. Der Hof wird wieder aufgebaut und wächst – auf Anraten der Berater. Eine Zeitlang stehen 48 Kühe im Stall. Die Arbeit wächst der Familie

über den Kopf. Bald stirbt die Bäuerin. Der Bauer ist alleine und schafft – wieder den Empfehlungen der Berater folgend – die Kühe ab. Dann kommt die Milchquotenregelung und es beginnt ein langer, zermürender Kampf vor den Gerichten unseres Rechtsstaates. Am Ende verliert der Bauer alles und stirbt in einer Sozialwohnung in der Stadt...

„Hof Thomsteeg“ erzählt die Geschichte eines Bauern und schafft es dabei, die Mechanismen und die konkreten Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik und einer stur auf Wachstum ausgerichteten Beratung nahezubringen – dem Insider wie dem Unbeleckten.

Hof Thomsteeg 192 S., 9,90 €, ISBN 3-930 413-17-5, 1999. ABL Bauernblatt Verlag

Bestellcoupon für Lebensfülle

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2002 für 19,80 € _____ €

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2002 zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: _____ €

Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. Bürgernetze statt Subventionen, 17,95 €: _____ €

außerdem:

Porto 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck Summe _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

Hof und Arbeit

● **Hofgemeinschaft in Norddeutschland sucht Landwirt/in (Meister, Agrar-Ing o.ä.)** mit Familie. Wir sind ein Gemischtbetrieb (110 ha), mit 40 Kühen, Aufzucht, Bullen- und Schweinemast, vielfältiger Milchverarbeitung und Hofladen. Wir wünschen uns die dauerhafte Perspektive. Große kindgerechte Wohnung ist vorhanden. Ausbildungsberechtigung sollte vorhanden sein.

www.hofgemeinschaft-aschhorn.de, info@hofgemeinschaft-aschhorn.de, ☎ 04143-258

● **Senner/-in für idyllischen Gebirgshof in Norwegen gesucht.** Wir sind eine deutsch-norwegische Familie in Oppdal (Dovre fjell). Für unsere 15 Milchkuhe, die von Anfang Juni bis Ende August auf der Sommerweide sind, suchen wir geeignete Betreuung (den ganzen Sommer oder auch kürzere Perioden). Zur Alm gehört ein Wohngebäude und Melkstand mit Melkanlage. Die Milch wird alle zwei Tage geholt. Ca. 4 Arbeitsstunden täglich. Tarif ca. 80 Euro pro Tag, freie Unterkunft. Wir können eine Person bezahlen, haben aber natürlich auch Platz für Paare oder Familien. Arbeitsfreie Perioden (für Ausflüge, Gebirgstouren etc.) lassen sich leicht einrichten. ☎ 0047-72422757, cowboy@oppdal.frisurf.no

● **Schwarzwaldhof zu verkaufen** evtl. auch teilws. auf Rentenbasis, zu 90 % renoviert, sehr schöne Einzelhoflage, auf 1000 m Höhe an einem Süd-Ost-Hang, 8,6 ha Weidewirtschaft mit verträgl. Förderung, für Ziegenhaltung, mit Käseerei (Marktlücke) als Nebenerwerbs-Landw. geeignet. – Kompl. eingerichtete Ferienwohnungen, eigene Wasser- und Stromversorgung. **Zuschrift. unter Chiffre BS0402-1**

● **Hof, westl. Landkr. Heilbronn, 50 ar, Zweifam. Wohnhaus, Stall, Scheune, 300 qm, langfristig zu verpachten,** ☎ 07131401707

Tiermarkt

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

Querfeldein

● **Kreativer Freiberufler u. Öko-Bauer, Mitte 40, 173, 80+ kg, NR, sucht welt-offene Partnerin mit Kind(erwunsch)** für die richtige Balance zwischen Arbeit u. Vergnügen, Nähe und Distanz, Eigenständigkeit und Familienleben in landschaftl. reizvoller Umgebung und Stadtnähe Süddeutschlands. **Chiffre BS0402-2**

● **Landwirt, Anfang 50, MV Betrieb (Oberschwaben), sucht nette Partnerin, Chiffre BS0402-3**

Veranstaltungskalender**Websites für Agenda-Gruppen und Regionalinitiativen**

02 bis 04. April 2002, Kloster Banz

Das Angebot richtet sich in erster Linie an all jene, die eine eigene Homepage in Auftrag geben und vorab Möglichkeiten, Funktionsweisen und Wirkungen kennen lernen möchten. EDV- und Internet-Grundkenntnisse sind Voraussetzung.

Anmeldung: Ökologische Bildungsstätte, Leitung: Matthias Lange, Gebühr: 100 Euro (inkl. Kurs, Übernachtung und Verpflegung), ☎ 09266-8252, Fax: -6442

Macht der Gipfel alle satt?

12. bis 14. April 2002, Bonn

Ein Seminar mit Positionen und Aktionen zum Welternährungsgipfel von FIAN Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Forum Umwelt und Entwicklung. Der Welternährungsgipfel im Juni 2002 in Rom gibt Anlass, Bilanz zu ziehen und die Ursachen von Hunger sowie verschiedene Strategien zu seiner Bekämpfung zu diskutieren. Die Gefährdung der Ernährungssicherheit durch genmanipuliertes Saatgut und die Benachteiligung von Kleinbauern in der Welthandelsordnung werden ebenso thematisiert wie die besondere Rolle von Frauen für die Sicherung der Ernährung. Das Seminar richtet sich an MultiplikatorInnen der Eine-Welt-Arbeit und Interessierte. Eröffnet wird es mit einer Podiumsdiskussion, am Samstag ist die Vertiefung einzelner Themen möglich und am Sonntag werden Aktionen geplant.

Anmeldung bei FIAN Deutschland, Overwegstr. 31, 44625 Herne, ☎ 02323-490099, fian@fian.de

Ökoland und Artenvielfalt in Gefahr? Auswirkungen der „grünen Gentechnik“

13. April 2002, Regensburg

Im Rahmen des Seminars werden zum einen aktuelle Erkenntnisse über Risiken des Gentechnikensatzes für den biologischen Landbau und den Naturschutz dargestellt. Zum anderen sollen Maßnahmen zur Verringerung dieser gentechnikspezifischen Risiken (z.B. ökologische Dauerbeobachtung, gentechnikfreie Gebiete, Grenzabstände) vorgestellt und die Strategien der verschiedenen Akteure diskutiert werden. Bestehende und geplante gesetzliche Regelungen sowie deren Defizite sind ebenfalls Thema.

Bund Naturschutz Bildungswerk, Postfach 40, 94343 Wiesenfelden, ☎ 09966-1270, Fax: -9020059, bw@bund-naturschutz.de, www.bn-bildungswerk.de, Kosten: 26,- Euro

Agenda 2007 – strategische Allianzen für den Naturschutz

15. und 16. April 2002, Hannover

Tagung zur Agrarpolitik der Zukunft von der niedersächsischen Naturschutz Akademie in Zusammenarbeit mit BUND-Landesverband Niedersachsen und der internationalen Umweltstiftung Euronatur.

NNA-Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Frau Jana Wilke, ☎ 05198-9890-73, Fax: -95, jana.wilke@nna.niedersachsen.de, www.nna.de

Seminar für Bio-Winzerinnen: Zeitmanagement/Zeitgestaltung

15. bis 17. April, 2002, Altenkirchen

Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, roennebeck@lja.de, Kosten: 190,- Euro

Das neue Bundesnaturschutzgesetz – Inhalte und Umsetzung

24. bis 26. April 2002, NNA Camp Reinsehlen

Das Seminar gibt einen umfassenden Einblick in die Neuerungen im Naturschutzgesetz. Es baut sich aus drei einzelnen Modulen (je ein Tag) auf. Die Teilnahme an einzelnen Modulen ist möglich. Tag 1: Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Biotopverbund und Umweltbeobachtung. Tag 2: Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, Flächen der öffentlichen Hand und Vertragsnaturschutz. Tag 3: Arten- und Biotopschutz, Nationalparke und Wasserwirtschaft.

NNA-Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Frau Jana Wilke, ☎ 05198-9890-73, Fax: -95, jana.wilke@nna.niedersachsen.de, www.nna.de

Agrarwende?

26. bis 27. April 2002, Tutzing

Tagung zur Reformnotwendigkeiten und -möglichkeiten einer nachhaltigen Nutzung ländlicher Räume mit Staatssekretär Dr. Martin Wille (BMVEL), Staatsminister Josef Miller (Bayern), Gerd Sonnleitner (DBV) sowie einer Vielzahl von Wissenschaftlern, Politikern und Verbandsfunktionären zu den Themen: EU-Osterweiterung, WTO und Ökologischer Landbau. Akademie für Politische Bildung Tutzing, Buchensee 1, 82327 Tutzing, ☎ 08158-256-0, Fax: -14 oder -51, www.apb-tutzing.de

Artgemäße und ökologische Hühnerhaltung – eine Umstellungshilfe

06. bis 08. Mai, Altenkirchen

Die EU-Bio-Verordnung und die neue Legehennenhaltungsverordnung machen konkrete und verbindliche Vorgaben, die u.a. eine präzise Planung der Stallungen erfordern und den Hühnern eine artgemäße Haltung ermöglichen. Fachleute der verschiedenen Richtungen geben Neueinsteigern notwendige Informationen, aber auch langjährige Hühnerhalter sind eingeladen, um Bestehendes zu optimieren und neue Richtlinien kennen zu lernen. Ein Schwerpunkt liegt auf der vorbeugenden Tiergesundheit durch Änderung der Haltungsbedingungen. Auch Einblicke in die Homöopathie werden vermittelt.

Ejl in Kooperation mit BAT (Beratung artgerechte Tierhaltung e.V.), Anmeldung: Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, roennebeck@lja.de

Naturgemäße Bienenhaltung

07. bis 12. Mai, Creglingen

Der Mensch im Umgang mit den Bienen steht im Mittelpunkt dieses Seminars mit Vorträgen, praktischen Übungen und einer Exkursion. Referenten sind Michael Weiler, Imker und Mitarbeiter des Forschungsringes für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise; Robert Friedrich, Imkermeister, Fotograf und Seminarleiter beim Ausbildungsverband „Wesensgemäße Bienenhaltung“; Günter Friedmann, betreibt als Berufsimker eine Demeter-Imkerei.

Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, Tauberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Lippe-Konferenz 2002

14. und 15. Mai 2002, Lippstadt

Es werden die vielfältigen Nutzungen angesprochen, die auf diesen Fluss einwirken und miteinander harmonisiert werden müssen. Für Interessierte aus Land- und Wasserwirtschaft, Naturschutz und Kommunen.

nua-Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW, Postfach 101051, 45610 Recklinghausen, ☎ 02361-305-0, Fax: -340, www.nua.nrw.de

Käsemarkt am Kiekeberg

26. Mai 2002, Rosengarten-Ehestorf

Slow Food Deutschland präsentiert Geschmackserlebnisse mit Milch und Honig aus Niedersachsen mit Käse und Co. Freilichtmuseum am Kiekeberg, Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Slow Food Deutschland, ☎ 040-5404-135, Fax: -105, www.slowfood-hamburg.de

Weltforum Erneuerbare Energien

13. bis 15. Juni 2002, Berlin

Konferenz von EUROSOLAR zu Politik und Strategien für eine ambitionierte Politik für Erneuerbare Energien auf globaler, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene.

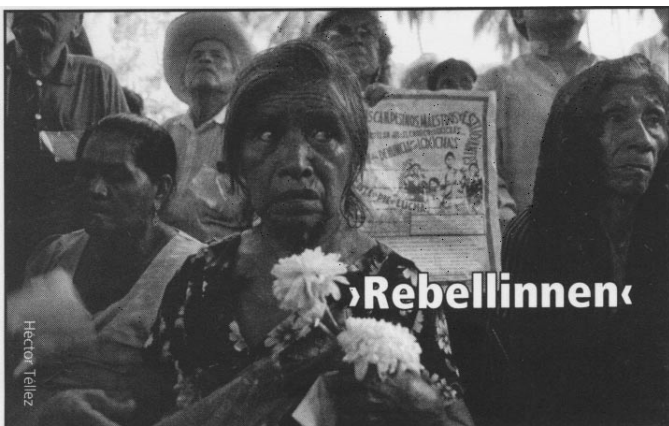
EUROSOLAR, Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn, ☎ 0228-362373, Fax: -361213, www.world-renewable-energy-forum.org

Vom Weltmarkt zum Wochenmarkt

21. bis 23. Juni 2002, Wolfels/Oberpfalz

Ein Seminar über Nahrungs- und Lebensmittel in Zeiten zunehmender Globalisierung mit einer Einführung zu Ernährungsverhalten und Slow Food, Besichtigung eines Bio-Hofes, nationale und internationale Dimensionen der Agrarwende und Anregungen, mit dem Einkaufskorb die Welt zu verändern.

Petra-Kelly-Stiftung, Reichenbachstr. 3A, 80469 München, ☎ 089-242267-30, Fax: -47



Witwen ermordeter Bauern in Guerrero, Mexico.

Unsere solidarische Unterstützung gilt Menschen, die sich zusammentun und ihre wirtschaftliche und soziale Situation in die eigene Hand nehmen.

Was tun wir da? Wo und wie?

Infos bei
m)

medico international
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt/Main
Tel: 069-944380
Fax: 069-436002
eMail: info@medico.de
www.medico.de

Spendenkonto
1800 Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01



Internationale Fachtagung von ABL und Forum Pro Schwarzwaldbauern zum Internationalen Jahr der Berge 2002



Unsere Mittelgebirge - Indikator einer nachhaltigen und multifunktionalen Agrarpolitik

Di., 23. April 2002, Landgasthof Friedrichshöhe, 78147 Vöhrenbach

Situation der Landwirtschaft im Schwarzwald
LLD Walter Maier, Amt für Landwirtschaft Donaueschingen

Die Bergbauernpolitik in Österreich - was können wir davon lernen?
Dr. Gerhard Hovorka, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien

Welche Rolle haben die Bergbauern in der deutschen Agrarpolitik?
Wolfgang Reimer, BMVEL, Bonn

Warum Bauern und Kulturlandschaft eine neue Agrarpolitik brauchen?
Ulrich Jasper, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Hamm

Die Bergbauernfrage ist die Grünlandfrage !?
Siegfried Jäckle, Schwarzwaldbauer und Berater am Landwirtschaftsamt

Extensive Weidenutzung als Strategie für Bergbauern
Prof. Dr. Rainer Luick, Forstfachhochschule Rottenburg

Ökolandbau - letzte Überlebensstrategie oder Chance für Bergbauern?
Angefragt: Eric Meili, Berater, Forschungsinst. biologischer Landbau, Bubikon/CH
Ab 20:00 Uhr Diskussionsveranstaltung im Gasthaus Stadthof in Unterkirnach:

Welche agrarpolitische Entwicklungsstrategie braucht die Berglandwirtschaft?
Dr. Gerhard Hovorka, Wien und Wolfgang Reimer, BMVEL Bonn,

Für Teilnehmer, die am 22.04.02 anreisen, wird eine Exkursion angeboten sowie abends eine Diashow: „Waldpassagen: Schwarzwald zwischen Idylle und Wirklichkeit“ von Wolf Hockenjoos, Forstdirektor, Villingen

Anmeldung: ABL, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381-9053171, Fax: -492221
Tagungsbeitrag: für 23.04.2002: 15,00 €; für 22.-23.04.2002: 60,00 €
Die Tagung wird als Teil des Int. Jahrs der Berge finanziell vom BMVEL unterstützt.

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

<input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden	<input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50,- € oder _____ zu zahlen.
<input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 €	<input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis fügen Sie bei)
<input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- €	<input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- €

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____
Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

<input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung	<input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:
<input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	<input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die ABL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.
Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

ABL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Osteide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckei, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Ellwerath, ☎ 06551/2636, Fax: -985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: AbL-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400
Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com

AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daïke Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Gute Dinge

Der Duft des Kaffees
 am frühen Morgen
 in der Küche
 ach schmeckte er doch
 so gut wie er riecht
 auf dem Trecker sitzen
 allein
 Radio hören oder
 im Kopf mit Worten spielen
 mit Ideen
 und sich dabei nicht unnütz fühlen
 schließlich tu ich meine Arbeit
 hinterher ist Futter im Stall
 die Wiese gewalzt
 der Acker geeegt
 was auch immer
 manchmal sogar
 ein Reim gereimt
 gesunde Kälber
 die frisch und fröhlich
 im Stroh toben
 wenn sie auch nichts kosten
 so sind sie doch viel wert

der Holunderstrauch
 der dort wächst
 wo Vater einst
 die kaputte Spatenrolle
 abgestellt hatte
 unmöglich
 sie zum Schrott zu geben
 ohne den Holunder auszureißen
 so lebt sie weiter
 altes Eisen
 als Baumschutzgitter

auch mal ausgehen
 Feste feiern
 tanzen
 in die entrückten Gesichter

der anderen Tänzer sehen
 sich der Musik übergeben
 sich bewegen
 die Muskeln spüren
 selbst entrückt sein schweben
 eine Bauernversammlung erleben

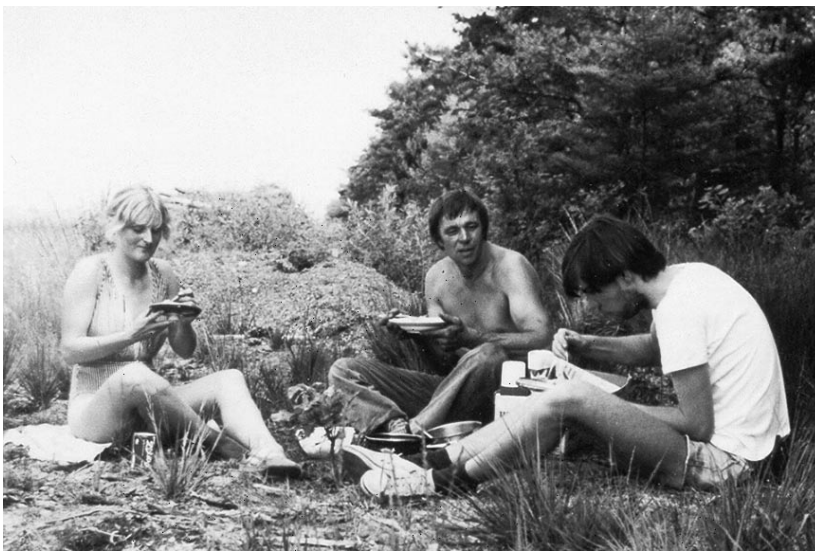


Foto: Plate

die fair und sachlich bleibt
 ohne dass ein Dummschwätzer aufsteht
 und Stammtischreden schwingt
 das kommt selten vor
 sehr selten

Kühe verkauft zu haben
 und das Telefon klingelt nicht
 und wenn
 dann ist es einfach
 ein harmloser Anruf
 die Stille der Autobahn
 am frühen Sonntagmorgen
 zu anderen Zeiten
 schweigt sie nie
 doch jetzt höre ich
 die Melkmaschine des Nachbarn
 auf der anderen Seite
 er lebt also noch

ein Tag mit der Familie
 wir nehmen uns was vor
 und machen das
 und es ist schön
 ein Tag ohne die Familie
 nur die Liebste und ich

keine Gören
 die uns stören

ein Tag voller Arbeit
 von früh bis spät
 auch das kann gut sein
 wenn ich schaffe
 was ich will
 der Vertreter
 der nett und sympathisch ist
 keine jovialen Sprüche
 keine billige Kumpelhaftigkeit
 keine Besserwisserei
 der könnte auch mein Freund sein
 dem kauf ich alles ab
 mit den Kindern zusammen
 in die Wiese fahren
 sie machen ein Picknick
 auf dem Hochsitz
 ich repariere die Zäune

auf der Rückfahrt
 plattdeutsche Lieder singen
 laut und falsch
 Dat du mien Leewsten bist
 Lütt Matten de Haas
 die Liebste
 sie ist es die die Welt
 für mich zusammenhält
 dieses Lächeln dieser Blick
 das nenn ich Glück
 eine Bauerzeitung
 die schreibt wie es ist
 oder wie wir meinen
 dass es ist
 die Bauern eine Stimme gibt
 und auch so heißt

Kühe die mich überraschen
 jene die
 nach zwei mageren Jahren
 plötzlich Leistung zeigt
 als wolle sie mich belohnen
 dass ich sie behielt
 Musik
 die mir Raum lässt
 zum Atmen
 atmen
 und einfach
 Gedanken sammeln
 Gedichte schreiben
 über die guten Dinge
 die schönen Zeiten
 auf dem Hof

es hilft mir
 dies Geseier
 von Landwirtschaft und Liebe
 Bauernkitsch ist gut
 für Herz und Seele
 ab und zu
 von Risiken und
 Nebenwirkungen
 weiß ich nichts und
 will ich nichts wissen
 jedenfalls nicht jetzt

Matthias Stührwoldt

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
 ABL Bauernblatt Verlags GmbH
 Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für schöne Zeiten

- Zutreffendes bitte ankreuzen
- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
 - Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
 - Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
 - Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31 oder FAX 02381- 492221